

Niederschrift



Gremium: **13. Sitzung des Kreistages**

Sitzungsdatum: **Montag, den 22.02.2010**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**

Beginn: 09:08 Uhr

Ende: 12:00 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Walter Aumann
Peter Baumeister
Peter Bergmeir
Friedlinde Besserer
Dr. Markus Brem
Hannelore Britzlmair
Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl
Silvia Daßler
Konrad Dobler
Renate Durner
Hansjörg Durz
Marlies Fasching
Franz Fendt
Markus Ferber
Annemarie Finkel
Anni Fries
Ludwig Fröhlich
Dieter Gerstmayr
Hannes Grönninger
Sabine Grünwald
Harald Güller
Bernhard Hannemann
Johann Häusler
Dr. Michael Higl
Sabine Höchtl-Scheel
Ulrike Höfer
Peter Högg
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Ursula Jung
Pius Kaiser

Annegret Kirstein
Henriette Kirst-Kopp
Georg Klaußner
Alexander Kolb
Hubert Kraus
Rudolf Lautenbacher
Albert Lettinger
Heinz Liebert
Gerhard Mößner
Bernd Müller
Lorenz Müller
Franz Neher
Dr. Manfred Nozar
Gabriele Olbrich-Krakowitzer
Jürgen Reichert
Paul Reibacher
Gerhard Ringle
Eva Rößner
Alfred Sartor
Jürgen Schantin
Joachim Schoner
Peter Schönfelder
Franz Settele
Siegfried Skarke
Stefan Steinbacher
Robert Steppich
Max Strehle
Dr. Simone Strohmayr
Dr. Max Stumböck
Carolina Trautner
Otto Völk
Karl-Heinz Wagner
Bernhard Walter
Mathilde Wehrle
Frank Weiher
Robert Wittmann
Peter Ziegelmeier

Verwaltung:

Jürgen Pabel
Michael Püschel
Lothar Schneider
Alfred Schühler
Martin Seitz

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. AVV GmbH;
Neufassung der Vereinbarung über die Gewährung von Zuschüssen
an die AVV GmbH ab 01.01.2010
Vorlage: 10/0014
2. Wirtschaftsplan 2010 für den Abfallwirtschaftsbetrieb
des Landkreises Augsburg
Vorlage: 10/0015
3. Kreishaushalt 2010;
Erlass der Haushaltssatzung
Vorlage: 10/0012
4. Neufassung der Kostensatzung des Landkreises Augsburg
Vorlage: 10/0017
5. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2008;
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 10/0016
6. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 10/0004
7. Verschiedenes
8. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Landrat Sailer gratuliert Kreisrätin Sabine Grünwald zu ihrem runden Geburtstag am 04.02.2010. Kreisrätin Grünwald ist seit 2002 im Kreistag.

Außerdem beglückwünscht er Kreisrätin Annegret Kirstein ebenfalls zum runden Geburtstag, den diese am 14.02.2010 feiern konnte. Kreisrätin Kirstein ist seit 1990 Mitglied des Kreistags.

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 AVV GmbH;
 Neufassung der Vereinbarung über die Gewährung von Zuschüssen
 an die AVV GmbH ab 01.01.2010
 Vorlage: 10/0014**

Anlagen: 1 Modellrechnung WVI (Nov. 2009) zur Aufteilung des Defizitausgleiches im AVV
 1 Entwurf Zuschussvereinbarung Stand 26.10.2009

Sachverhalt:

1. Nach Art. 4 Abs. 7 des Vertrages über die Neuorganisation des öffentlichen Personen-
 nahverkehrs im Nahverkehrsraum Augsburg vom 27. März 1985 – Rahmenvertrag –
 gleichen die beteiligten Gebietskörperschaften Stadt Augsburg und Landkreise Augs-
 burg, Aichach-Friedberg sowie Dillingen a.d. Donau den Verlust der AVV-GmbH gemein-
 sam in Form von Zuschüssen aus.

Das zwischen Gebietskörperschaften geltende Aufteilungsverhältnis wurde ab 1985 in
 besonderen Zuschuss-Vereinbarungen geregelt.

Nach Einbeziehung aller Sektoren des Verbundgebietes (1992) wurde die Zuschuss-
 Vereinbarung zum 01.01.1994 neu gefasst und sieht seitdem folgenden Aufteilungs-
 schlüssel vor:

Für den Ausgleich der Kostenunterdeckung aus dem Regionalbusverkehr:

Stadt Augsburg	35,4 %
Lkrs. Augsburg	40,6 %
Lkrs. Aichach-Friedberg	21,0 %
Lkrs. Dillingen a.d. Donau	10,0 %

**Für den Ausgleich der Kostenunterdeckung aus dem Geschäftsbetrieb
sowie für Investitionszuschüsse:**

Stadt Augsburg	40 %
Lkrs. Augsburg	30 %
Lkrs. Aichach-Friedberg	20 %
Lkrs. Dillingen a.d. Donau	10 %

Diese Zuschuss-Vereinbarung vom 1.12.1994 war bis zum 31.12.1999 befristet und lief
 – wegen nicht ausgesprochener Kündigung seitens der Vertragspartner Verlängerung
 um jeweils weitere fünf Jahre - nach zuletzt übereinstimmender Willensbildung der betei-
 ligten Gebietskörperschaften zum 31.12.2009 mit dem Ziel einer Neuregelung ab
 01.01.2010 aus.

2. Auf dieser Grundlage und aufgrund eines Beschlusses des Stadtrates von Augsburg vom
 22.06.2006, auf der Basis realer Nutzungsparameter eine Aktualisierung des Defizitaus-
 gleiches herbeizuführen und damit auch eine Reduzierung des Stadtanteils zu erreichen,
 wurden Mitte 2009 in mehreren Arbeitskreisen entsprechende Verhandlungen aufge-
 nommen.

Die Vertreter der Stadt Augsburg und der Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg sowie Dillingen a.d. Donau waren sich von Anfang darin einig, dass bei der Neuregelung des Verlustausgleiches im Bereich Regionalbusverkehr auch die Finanzierung der Regionalbusverkehre Gersthofen und Friedberg mit einbezogen werden soll.

Hinsichtlich einer Neuregelung der Verlustaufteilung für den Bereich Geschäftsbetrieb und bezüglich der Investitionszuschüsse sahen die Stadt Augsburg sowie die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg übereinstimmend keinen Handlungsbedarf.

Dem gegenüber erklärte der Landrat des Landkreises Dillingen a.d. Donau mit Schreiben vom 06.10.2009, dass sich die Neuaufteilung des Defizitausgleiches nicht nur auf die ungedeckten Kosten aus dem Regionalbusverkehr beschränken, sondern auch auf die ungedeckten Kosten aus dem Geschäftsbetrieb und bei den Investitionszuschüssen ausgedehnt werden soll.

Zur Herbeiführung eines möglichst verursachungsgerechten Aufteilungsschlüssels beim Defizit aus dem Regionalbusverkehr, dem das Territorialitätsprinzip (wie es das ÖPNV-Recht und EU-Recht vorgibt) zugrunde zu legen ist, sowie eines pragmatischen Aufteilungsverfahrens wurde das Fachinstitut WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH Braunschweig beauftragt, eine Modellrechnung zur Aufteilung des Defizitausgleiches im AVV aufzustellen.

Diese liegt seit September 2009 vor (**siehe Anlage 1**).

Bei diesem WVI-Vorschlag für eine neue Defizitaufteilung werden im Wesentlichen die beiden genannten Grundsätze „verursachungsgerechte Aufteilung“ und „pragmatisches Aufteilungsverfahren“ zugrundegelegt.

Danach soll jeder Aufgabenträger denjenigen Teil des Defizites tragen, der innerhalb seines Territoriums anfällt; Erlöse und Kosten sollen auf die Gebiete der vier beteiligten Aufgabenträger geschlüsselt werden, so dass das Defizit als Differenz von Erlösen und Kosten verursachungsgerecht zugeordnet werden kann.

Die Aufteilung von Kosten und Erlösen auf die Aufgabenträger soll mit verfügbaren Daten und Schlüsselgrößen berechnet werden, die bei Veränderungen im Angebot mit geringem Aufwand nach Bedarf aktualisiert werden können.

Als Schlüssel für die Neuaufteilung wird ein Kostenschlüssel „Fahrplanstunden“ unterbreitet. Dieser erfolgt auf der Basis des AVV-Fahrplanes und erscheint als sachgerecht, da er die unterschiedlichen Kosten bei der Herstellung des ÖPNV-Angebotes berücksichtigt und das hohe kommunale Engagement des Kreistages für ein umfassendes, attraktives Nahverkehrsangebot spiegelt.

3. Damit ergibt sich nach WVI (siehe Seite 8 und 11 der Modellrechnung) zuletzt folgender **Vorschlag zur Aufteilung des Defizits im Regionalbusverkehr:**

Stadt Augsburg	20,30 %	(bisher 35,4 %)
Lkrs. Augsburg	42,20 %	(bisher 40,6 %)
Lkrs. Aichach-Friedberg	36,00 %	(bisher 21,0 %)
Lkrs. Dillingen a.d. Donau	1,50 %	(bisher 3,0 %)

4. Da die finanziellen Auswirkungen dieser vorgeschlagenen Neuregelung die Aufgabenträger finanziell sehr unterschiedlich treffen, führten nachhaltige Verhandlungen in einem Spitzengespräch zwischen Landrat Sailer und dem Oberbürgermeister der Stadt Augsburg sowie dem Landrat des Landkreises Aichach-Friedberg zu einem dahingehenden Kompromiss, die neuen Ansätze nicht ab 01.01.2010 in vollem Umfang anzuwenden, sondern in mehreren Stufen umzusetzen.

Dieses **Abschmelzungs-Modell** wurde konkret in einen von der AVV-Geschäftsstelle erstellten **Entwurf „Neue Zuschussvereinbarung“ – Stand 26.10.2009 – (siehe Anlage 2)** umgesetzt und sieht für die nächsten vier Jahre folgende Aufteilungsansätze vor:

Gebietskörperschaft	2010	2011	2012	2013
Stadt Augsburg	25,20 %	23,57 %	21,94 %	20,30 %
Lkrs. Augsburg	41,68 %	41,85 %	42,02 %	42,20 %
Lkrs. Aichach-Friedberg	31,13 %	32,75 %	34,37 %	36,00 %
Lkrs. Dillingen a.d. Donau	1,99 %	1,83 %	1,67 %	1,54 %

5. Die Verwaltung präsentiert den gefertigten **Entwurf der neuen, ab 01.01.2010 wirksam werdenden Vereinbarung über die Gewährung von Zuschüssen an die Augsburger Verkehrsverbund GmbH** zusammen mit der zugrundeliegenden Modellrechnung zur Beratung und Beschlussfassung im Kreisausschuss.

Anmerkung:

Dem gleichlautenden Entwurf der Zuschussvereinbarung (siehe oben) haben zwischenzeitlich sowohl der Ausschuss für Kreisentwicklung und Soziales des Kreistages des Landkreises Aichach-Friedberg in seiner Sitzung vom 02.12.2009 also auch der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften des Stadtrates Augsburg in seiner Sitzung vom 09.12.2009 bereits ihre Zustimmung erteilt und eine entsprechende Zustimmungsempfehlung an den Kreistag bzw. Stadtrat beschlossen.

Der Augsburger Stadtrat hat in seiner Sitzung am 17.12.2009 die Neuregelung des AVV-Defizitausgleichs in der vorgelegten Fassung bereits gebilligt.

Der Kreisausschuss hat über die Angelegenheit in seiner Sitzung am 25.01.2010 beraten und dem Kreistag empfohlen, der Neufassung der Zuschussvereinbarung zuzustimmen.

Herr Schneider erläutert den oben stehenden Sachverhalt. Daraufhin fassen die Mitglieder des Kreistages folgenden

Beschluss:

1. Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 25.01.2010 stimmt der Kreistag zu, dass bei der Neufassung der Zuschussvereinbarung über die Aufteilung des Defizites im Regionalbusverkehr zwischen der Stadt Augsburg und den Landkreisen Augsburg, Aichach-Friedberg und Dillingen a.d. Donau ab 01.01.2010 auf der Basis der Modellrechnung der WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH vom September 2009 der vorgeschlagene Kostenschlüssel „Fahrplanstunden“ zugrundegelegt wird.
2. Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 25.01.2010 stimmt der Kreistag zu, dass die bisher geltenden Verteilungssätze bei Geschäftsbetrieb und Investitionszuschüssen (siehe § 2 Abs. 2 des Entwurfs der Zuschussvereinbarung) beibehalten werden sollen.
3. Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 25.01.2010 erteilt der Kreistag die Zustimmung zum vorgelegten Entwurf einer „Vereinbarung über die Gewährung von Zuschüssen an die Augsburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH AVV – Stand 26.10.2009.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	71
Nein-Stimmen:	0

TOP 2 Wirtschaftsplan 2010 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg Vorlage: 10/0015

Anlagen: Wirtschaftsplan für den Abfallwirtschaftsbetrieb
des Landkreises Augsburg 2010

Sachverhalt:

Gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 05.11.1997, zuletzt geändert am 19.07.2004, ist der Werkausschuss für die Beratung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Kommunale Abfallwirtschaft zuständig. Der Werkausschuss hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 in der Sitzung am 10.12.2009 behandelt und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2010 gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung empfohlen. Über den Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2010, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, hat der hierfür zuständige Ausschuss für Personal, EDV und Organisation im Rahmen der Stellenplanberatungen einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der beiliegende Wirtschaftsplan enthält neben der Zusammenfassung und dem Vorbericht (Seiten I bis XXV) den Erfolgsplan (Seiten 1 bis 8), den Vermögensplan (Seite 9), den Stellenplan (Seiten 10 und 11), den Finanzplan (Seiten 12 und 13) sowie die Erläuterungen (Seiten 14 bis 24).

Die einzelnen Ansätze orientieren sich in der Regel an der Prognose für das Jahr 2009 unter Würdigung der Ergebnisse des Vorjahres und der schon jetzt bekannten Veränderungen des Jahres 2010. Die einzelnen Ansätze sind in der Anlage erläutert.

Der Erfolgsplan 2010 schließt in den Erträgen mit 19.217.000 € und in den Aufwendungen mit 17.283.000 € und damit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.934.000 €

Die Hochrechnung für das Jahr 2009 lässt in Summe einen Jahresüberschuss von voraussichtlich rund 0,8 Mio. € erwarten. Maßgeblich verbessert wird dieses Jahresergebnis allerdings durch einen außertourlichen Ertrag in Höhe von rund 0,6 Mio. € aus der Auflösung der zum 31.12.2008 gebildeten Rückstellung anlässlich der Stilllegung der AVA Re.Sort GmbH.

Beim Vergleich der verschiedenen Aufwands- und Ertragspositionen des Jahres 2010 mit den entsprechenden Zahlen der Hochrechnung 2009 fallen in relativ vielen Positionen Abweichungen nach unten oder oben auf. Dies hängt vielfach mit der Neuausschreibung fast aller abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen zum 01.07.2009 und den entsprechend geänderten Vertragsbedingungen zusammen. Aus den Erläuterungen zu den einzelnen Positionen können hierzu nähere Informationen entnommen werden. Die mit Abstand größte Veränderung ist bei den an die AVA GmbH zu leistenden Aufwendungen für die Hausmüllbehandlung zu finden. Die AVA GmbH hat die Behandlungspreise zum 01.01.2010 deutlich abgesenkt. Mit einer Einsparung von voraussichtlich gut 2,3 Mio. € im Vergleich zum Jahr 2009 trägt diese Verbesserung maßgeblich zum guten Jahresergebnis 2010 bei. Demgegenüber steht eine vergleichsweise niedrige AZV-Umlage in Höhe von rund 0,7 Mio. € im Jahr 2010. Angemerkt sei hier, dass die AVA GmbH dank ihrer positiven Ergebnisse in den Jahren 2008 und 2009 keine Kostenerstattungen beim AZV zur Deckung des laufenden Bedarfs anfordern musste. Insgesamt reduziert sich der Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 Prozent, wohingegen die Umsatzerlöse annähernd konstant bleiben.

Bei den Personalaufwendungen macht sich das Ausscheiden eines zuletzt in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befindlichen Mitarbeiters zum 31.12.2009, aber auch der Eintritt von drei weiteren Beschäftigten in die Arbeitsphase der Altersteilzeit deutlich bemerkbar. Die Personalaufwendungen sinken gegenüber dem Vorjahr um immerhin gut 9 Prozent.

Der weiter anhaltende Rückgang der Abschreibungen im Jahr 2010 hängt – wie auch im Vorjahr – fast ausschließlich mit dem Rückgang der Verfüllmengen auf der Deponie Hegnenbach und damit der diesbezüglichen Leistungsabschreibung zusammen.

Bei den Zinserträgen macht sich die negative Entwicklung des Zinsniveaus seit Herbst 2008 (Finanzmarktkrise) deutlich bemerkbar. So wird die Zinserwartung für 2010 um fast die Hälfte unter der Hochrechnung für das Vorjahr liegen.

Im Vermögensplan sind die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen dargestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 3.199.300 €

Die Investitionen für die Wertstoffinseln und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung bewegen sich im Rahmen der vorjährigen Ansätze. Für die Verbesserung der Wertstoffsammelstellen sind 100.000 € vorgesehen. Damit kann im Jahr 2010 an mehreren Wertstoffsammelstellen vor allem in die zum Teil dringend notwendige Befestigung der Stell- und Verkehrsflächen investiert werden.

Bei den Zuführungen zu den einzelnen Rücklagen handelt es sich um die jeweils zweckgebunden erwirtschafteten Zinserträge bzw. die Erhöhung der entsprechenden Rückstellungen gemäß Erfolgsplan. Demgegenüber werden auch verschiedene Entnahmen aus den einzelnen Rücklagen zur Abdeckung entsprechender Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Aus der frei bewirtschaftbaren Rücklage Klärschlamm-trocknung müssen Mittel entnommen werden, weil die tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals der AVA GmbH die nach dem Kommunalabgabengesetz zulässige kalkulatorische Verzinsung übersteigt. Weiter sollen aus dieser Rücklage auch die im Kreishaushalt 2010 des Landkreises Augsburg veranschlagten Kostenerstattungen für Altlastensanierungen getragen werden. Die Höhe der möglichen Zu-

führung zur Gebührenaussgleichsrücklage errechnet sich letztlich aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes 2010.

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2009 bis 2013. Dabei ist vorgesehen, die Gebührenaussgleichsrücklage in den Jahren 2011 bis 2013 abzuschmelzen. Die für Mitte 2010 geplante Neukalkulation der Abfallgebühren zum 01.01.2011 soll hierzu nähere Erkenntnisse bringen.

Die Ergebnisse des Wirtschaftsplanes für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg für das Jahr 2010 werden in die Haushaltssatzung des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2010 übernommen.

Herr Prestele führt aus, der vorliegende Wirtschaftsplan 2010 des Abfallwirtschaftsbetriebes sei haushaltsrechtlich betrachtet ein Teil des Kreishaushaltes, stelle aber ein eigenständiges und in sich abgeschlossenes Zahlenwerk dar. Die kommunale Abfallwirtschaft werde seit mittlerweile 12 Jahren nicht zuletzt deshalb als kommunaler Eigenbetrieb geführt, weil dieser wichtige Bereich der Daseinsvorsorge zum einen mit größtmöglicher Transparenz versehen sein müsse. Zum anderen konnte dadurch im engen Zusammenspiel zwischen Werkleitung, Landrat und Werkausschuss eine flexible und leistungsfähige öffentliche Entsorgungseinrichtung geschaffen werden.

Nur so könne immer wieder auf sich abzeichnende Veränderungen in der Abfallwirtschaft zeitnah und effektiv reagiert werden. Herr Prestele verweist in diesem Zusammenhang an den Ausstieg aus dem Leistungsvertrag mit dem Dualen System Deutschland und die Einführung des Gelben Sackes zum 01.01.2004, die gleichzeitig in Angriff genommene Neuausrichtung der Wertstoffsammelstellen, die aktive Bewirtschaftung des anderweitig kaum nutzbaren Deponievolumens in Hegnenbach oder an den Umgang mit der gewerblichen Papiertonne der privaten Entsorger.

Alle diese Punkte fanden ihren Niederschlag im jeweiligen Wirtschaftsplan. Der Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgs- und Vermögensplan, Stellenplan und Finanzplan biete Gewähr für die absolute Transparenz des Abfallwirtschaftsbetriebes. Wem dabei die Zahlen zu nüchtern sind, der könne dem Vorbericht sehr viele interessante Informationen zur Organisation, zum Abfallwirtschaftskonzept und zur Entwicklung der Abfall- und Wertstoffmengen, zur Gebührenstruktur und zur Bonität des Abfallwirtschaftsbetriebes entnehmen. Der Vorbericht korrespondiere dabei mit den einzelnen Ansätzen in den eingangs erwähnten Plänen.

Der Erfolgsplan, er entspreche in etwa dem Verwaltungshaushalt bei den Kommunen, schließe in 2010 mit 19.217.000 € bei den Erträgen und 17.283.000 € bei den Aufwendungen ab. Der Abfallwirtschaftsbetrieb erwarte somit für heuer einen Überschuss von gut 1,9 Mio. €.

Gegenüber dem Vorjahr sei das eine Verbesserung von gut 1,1 Mio. €, die der Abfallwirtschaftsbetrieb fast ausschließlich der nochmals verbesserten Situation bei der Müllverbrennungsanlage zu verdanken habe. Die AVA konnte nämlich die Behandlungskosten für Haus- und Sperrmüll zu Jahresbeginn um fast ein Drittel senken. Der Tonnagepreis verringerte sich von bisher 238 € auf jetzt 182 € pro Gewichtstone brutto.

Momentan transferiere der Abfallwirtschaftsbetrieb noch gut 51 % seiner Aufwendungen im Erfolgsplan an die AVA bzw. den AZV. Früher lag man hier ganz nah an der 2/3-Grenze.

Der Vermögensplan, der die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen darstellt, schließe in Einnahmen und Ausgaben jeweils mit 3,199 Mio. €.

Gespeist werde dieser auf der Einnahmeseite durch den Jahresgewinn, durch die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen, durch die Abschreibungen und in geringem Umfang durch die Aufstockung z. B. der Pensionsrückstellungen.

Auf der Ausgabenseite stünden vergleichsweise geringe Investitionen auf den Wertstoffsammelstellen und Wertstoffinseln an. Außerdem seien dort die Zuführungen zu den Rücklagen (i. d. R. aus den erwirtschafteten Zinsen) und die Minderung der Rückstellung für die Deponie Gallenbach sowie die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis für die Altlasten in Gablingen und Diedorf veranschlagt.

Der Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes weise 4 Beamten- und 7 Angestelltenstellen aus.

Umgerechnet auf Ganztagsstellen seien 9 Bedienstete tätig. Der Personalaufwand für die Verwaltung betrage 3,2 Prozent der Ausgaben im Erfolgsplan und könne somit seit Jahren auf einem erfreulich niedrigen Niveau gehalten werden.

Die in vorausschauender Weise schon über viele Jahre angesammelten Rücklagen verleihen dem Abfallwirtschaftsbetrieb die notwendige Stabilität, insbesondere für die in der Zukunft liegenden Aufgaben im Bereich der Nachsorge für die Deponien Gallenbach und wohl bald auch Hegnenbach (BA II). Vorbehaltlich der noch zu fassenden Verwendungsbeschlüsse für die Jahresergebnisse 2008 und 2009 betragen die Rücklagen insgesamt rund 38 Mio. €. Die bedeutendste sei die Rücklage Hegnenbach mit rund 16 Mio. €, gefolgt von der Gebührenausgleichsrücklage und der Klärschlamm-trocknungsrücklage mit jeweils knapp 9 Mio. €, der Rücklage Gallenbach mit 3,5 Mio. € sowie dem Stammkapital von 0,5 Mio. € und der Rücklage für Pensionsrückstellungen und Beihilfen von momentan 0,4 Mio. €.

Dem Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2013 sei zu entnehmen, dass sich die Ausgaben und Deckungsmittel auch in den nächsten Jahren verhältnismäßig konstant entwickeln werden. Der Abfallwirtschaftsbetrieb werde im Planungszeitraum keine Überschüsse mehr erwirtschaften, weil sich die Gebühreneinnahmen im Zuge der Neukalkulation der Abfallgebühren ab dem Jahr 2011 wohl reduzieren lassen. Über den Senkungsumfang werde der Werkausschuss nach der Sommerpause zu beraten haben, sobald das Endergebnis für 2009 und die Halbjahreszahlen für 2010 vorliegen.

Zusammengefasst berichtet Herr Prestele dem Kreistag, dass die Finanzausstattung des Abfallwirtschaftsbetriebes als äußerst solide bezeichnet werden könne. Die Dienstleistungen der neuen Entsorger hätten sich seit dem Unternehmerwechsel Mitte letzten Jahres wieder auf dem bis dahin gewohnten Level eingespielt und die Aussichten, dass die Müllgebühren auch in der weiteren Zukunft zumindest stabil bleiben werden, seien ebenfalls als positiv anzusehen. Dies setze allerdings voraus, dass sich die wirtschaftliche Situation der Abfallverwertungsanlage nicht spürbar verschlechtere und der Bundesgesetzgeber die Abfallgebühren auch künftig nicht der Umsatzsteuer unterwerfe.

Vor diesem Hintergrund sei es dem Werkausschuss in seiner Sitzung am 10.12.2009 nicht schwer gefallen, dem Kreistag zu empfehlen, den Wirtschaftsplan 2010 in der heute vorgelegten Form zu beschließen.

Es liegen keine Wortmeldungen hierzu vor. Der Kreistag fasst wie folgt

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 10.12.2009 und des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation am 20.01.2010 beschließt der Kreistag die Feststellung des als Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Wirtschaftsplanes 2010.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	71
Nein-Stimmen:	0

**TOP 3 Kreishaushalt 2010;
Erlass der Haushaltssatzung
Vorlage: 10/0012**

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2010 wurde nach Beratung in den Fachausschüssen am 25.01.2010 abschließend im Kreisausschuss behandelt. Die beschlossenen Veränderungen sind in den Sitzungsprotokollen festgehalten.

Die Landkreisverwaltung wurde dabei beauftragt, unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen und Ergänzungen, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 vorzulegen. Hierbei ist ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 46,0 % zu berücksichtigen.

Die Landkreisverwaltung unterbreitet hiernach folgenden Abgleichsvorschlag (gemäß KA-Beschluss vom 25.01.2010, Vorlage Nr. 10/0002):

ungedeckter Bedarf (fortgeschriebene Verwaltungsvorlage, Stand: 25.01.2010)	149.200 €
--	-----------

- | | |
|--|-------------|
| • Beförderung der Schüler weiterführender Schulen nach dem Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulweges (UA 2902) | - 149.200 € |
|--|-------------|

KA, lfd. Nr. 32

Ausgaben

fortgeschriebener Ansatz	5.550.000 €
<u>Ansatz neu</u>	<u>5.400.800 €</u>
Veränderung	- 149.200 €

verbleibender ungedeckter Bedarf

0 €

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2010 sind daher folgende Haushaltsansätze zu berücksichtigen

eine Kreisumlage in Höhe von		84.776.800 € (Hebesatz: 46,00 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von		2.945.400 €
davon		
• allgemeine Rücklage	-	
• Sonderrücklagen		
- Krankenhauszweck-		
verband (KZVA)	579.200 €	
- Klinikum	1.999.300 €	
- AVV	328.600 €	
• Stiftungsrücklage	38.300 €	
eine Kreditaufnahme in Höhe von		18.187.700 €
davon		
• für Investitionen und		
Investitionsförderungs-		
maßnahmen	18.187.700 €	
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen		
und Investitionsförderungsmaßnahmen		63.529.000 €
Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten		
liegenden Grundbesitz		
• Grundsteuer A	300 v. H.	
• Grundsteuer B	300 v. H.	
• Gewerbesteuer	320 v. H.	
Höchstbetrag der Kassenkredite		3.000.000 €

Landrat Sailer führt aus, der Kreistag verabschiede heute den Haushalt 2010, dies sei ein Haushalt, der wenig große Probleme bereitet habe. Denn das kommende Haushaltsjahr werde im Vergleich zu den nachfolgenden Jahren ein noch vergleichsweise Gutes sein, was nicht heißen soll, dass die derzeitige Situation Anlass und Grund zum Jubeln gäbe.

Die Erhöhung der Bezirksumlage um einen Punkt auf jetzt 19,9 Prozent schmerze. Dennoch werde der Landkreis diese Erhöhung nicht an die Gemeinden weitergeben und die Kreisumlage im kommenden Haushaltsjahr stabil halten. Solidarität mit den Gemeinden stehe in diesen schwierigen Zeiten auch für den Landkreis an oberster Stelle.

Und dennoch setze der Landkreis Akzente: So werde verstärkt in Bildung investiert und ein enormes Investitionsvolumen umgesetzt. Denn die größte Herausforderung sei es, den Bildungslandkreis weiterzuentwickeln. Dies habe der Landkreis in den letzten Jahren bereits getan und wolle dies in diesem Haushaltsjahr konsequent fortsetzen. Beispielhaft nennt Landrat Sailer die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn mit rd. 6 Mio. €, die Erweiterung der Realschule Zusmarshausen mit 1 Mio. € oder die Generalsanierung und Erweiterung der Realschule Meitingen mit rd. 4,5 Mio. € im Haushaltsjahr 2010.

Insgesamt belaufe sich das Investitionsvolumen auf rd. 27,1 Mio. €. Um dies zu stemmen, nehme der Landkreis zusätzliche Kredite von rd. 18 Mio. € auf.

Neben den Investitionen in die Schullandschaft nennt Landrat Sailer beispielhaft weitere Punkte, die dem Landkreis am Herzen liegen. Mit den Investitionsmaßnahmen stärke man nicht nur den Bildungssektor, sondern unterstütze damit auch die heimische Wirtschaft, und das über mehrere Jahre hinaus. Dass der Landkreis die Wirtschaft und damit die Region Augsburg stärken wolle, werde auch an den zusätzlichen Geldern, die in den Bereich Wirtschaftsförderung eingestellt werden sollen, deutlich.

Des Weiteren werde das Thema Umwelt- und Klimaschutz in Zukunft eine noch größere Bedeutung bekommen. Mit der neuen Klimaschutzbeauftragten im Landkreis sollen energieeinsparende Projekte verwirklicht werden, um dem Klimaschutz auch nachhaltig Rechnung zu tragen.

An dieser Stelle möchte Landrat Sailer ferner auf die Sozialausgaben des Landkreises verweisen. Im Haushaltsjahr 2010 stehen für die Arbeitslosenhilfe rd. 14 Mio. €, für die Sozialhilfe 4,5 Mio. € und für die Jugendhilfe 11,1 Mio. € zur Verfügung. Dies mache in der Summe fast 30 Mio. € aus, die unmittelbar für Sozialleistungen ausgegeben werden. Dazu gerechnet werden müssen 36,6 Mio. € an mittelbaren Sozialausgaben, die über die Bezirksamlage an den Bezirk Schwaben weitergegeben werden.

Der Haushalt habe ein Gesamtvolumen von rd. 184 Mio. €. In diesem seien fast 70 Mio. € für Sozialausgaben enthalten.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen seien wieder von konstruktiven und vertrauensvollen Gesprächen geprägt gewesen. Zu konstruktiver Zusammenarbeit gehöre zweifelsohne auch Transparenz. Dieser Transparenz wurde durch die Auflösung von Haushaltsresten im Bereich des Tiefbaus Rechnung getragen. Hierfür werden im Haushaltsjahr 2010 keine neuen Gelder eingestellt, sondern Haushaltsreste aufgelöst, indem zuerst die Projekte abgearbeitet werden, die bereits für 2009 vorgesehen waren.

Die bereits erwähnte Kreditaufnahme sei erheblich. Allerdings seien die Schulden, die der Landkreis heuer mache, gut angelegt. Investitionen in die Bildung der Kinder und Jugendlichen seien immer eine lohnende Investition. Nichts desto trotz dürfe der Landkreis die Konsolidierung seines Haushaltes nicht aus den Augen verlieren. An dieser Stelle verweist Landrat Sailer auch auf die Verpflichtungsermächtigungen, die in diesem Haushaltsjahr ein Volumen von rd. 63 Mio. € ausmachen.

Die Landkreisordnung verpflichte dazu, die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises sicherzustellen und eine Überschuldung zu vermeiden. Der Landkreis dürfe also nur Kredite aufnehmen, wenn eine Finanzierung nicht anderweitig möglich sei oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre. Die unmittelbare Verschuldung werde dennoch in diesem Jahr auf über 47 Mio. € steigen.

Trotzdem ist es aus Sicht von Landrat Sailer gelungen, sich gemeinsam auf einen Haushalt zu einigen, der über das kommende Jahr hinaus die Weichen für eine gute Zukunft des Augsburger Landes stelle. Landrat Sailer dankt allen Fraktionen für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Etats. Die Beschlüsse in den Fachausschüssen wurden weitgehend einstimmig gefasst. Die Vielzahl konstruktiver Vorschläge aus den verschiedenen Fraktionen wurde in das vorliegende Werk eingearbeitet, jede Fraktion könne sich hierin wiederfinden.

Landrat Sailer bittet nun die Fraktionen um ihre Einschätzungen sowie um Zustimmung zum Kreishaushalt 2010.

Kreisrat Liebert erklärt, heute sei ein ganz besonderer Tag, stelle der Kreistag doch die Weichen für die konsequente Weiterentwicklung des Landkreises Augsburg. Der Haushalt

umfasse ein Volumen von über 181 Mio. €, 31,7 Mio. € im investiven und nahezu 150 Mio. € im konsumtiven Teil.

Ganz am Anfang stehe die Frage, in welche Zeit denn diese Haushaltsverabschiedung falle. Sie falle in eine Zeit, in der die deutsche Wirtschaft um 5 % abgeschmolzen sei, der DAX aber andererseits um fast $\frac{1}{4}$ angezogen habe, und in der bundesweit die Arbeitslosigkeit nur moderat um 0,5 % auf 7,6 % (im Landkreis Augsburg von 3,6 auf 4,3 %) angestiegen sei. Kreisrat Liebert stellt die Frage, ob dies die Krise war und ob diese finanziellen Rahmenda-ten auf den Kreishaushalt 2010 einwirken. Die Krise sei noch nicht bei allen angekommen. Dies liege u. a. auch daran, dass weltweit nicht weniger als 20 Billionen € von den Regierungen und Notenbanken hineingepumpt wurden, um die Katastrophe weitestgehend abzufangen. Ob dies der richtige Weg war, müsse sich erst noch entscheiden, hängen doch diese enormen Summen als Schuldenstände in den öffentlichen Haushalten.

Casino-Mentalität habe sich breit gemacht, Maß und Mitte seien verloren gegangen, nicht aber beim Landkreishaushalt. 2011 werde das Jahr der Wahrheit. Kreisrat Liebert verweist deswegen auch auf seine Aussage im Rahmen der Haushaltsberatungen, dass man den Haushalt 2010 noch hinbekommen werde. Ab 2011 müsse man sich aber ernsthaft einen Rahmen über alle Investitionsvorhaben setzen und diese – so notwendig sie auch sein mögen – am Machbaren ausrichten. Kreisrat Liebert erklärt, er wolle hierzu nur ein paar Stationen nennen, wie z. B. 25 Mio. € für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn, 9 Mio. € für die Realschule Meitingen, 25 Mio. € für das Berufliche Schulzentrum Neusäß, 6,5 Mio. € für die Realschulen Bobingen und Zusmarshausen sowie 10 Mio. € für das Gymnasium Diedorf. Zusätzlich stehe ein zweistelliger Millionenbetrag für Investitionen des Klinikums an.

Wenn er dem Kreishaushalt 2010 einen Namen geben sollte, dann würde er ihm gerne einen Doppelnamen verpassen, so Kreisrat Liebert. Er würde diesen im investiven Teil als den „fortgesetzten Bildungshaushalt 2“ und im konsumtiven Teil als den „Haushalt der sozialen Verantwortung“ bezeichnen. Letzteres vor allem deswegen, weil der Landkreis enorme Steigerungsraten im Bereich der Jugendhilfe und im Bereich von Hartz IV habe. Trotz dieser enormen Kraftanstrengung sei der Haushalt 2010 ein Haushalt der Solidität, der Solidarität und der Zukunft. Er sei solide, weil man im Abgleich eine Balance zwischen notwendigen Investitionen auf der einen und einer moderaten Verschuldung auf der anderen Seite herstellen konnte. Der Haushalt 2010 sei auch ein Haushalt der Solidarität gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten, weil der Abgleich ohne Erhöhung des Hebesatzes für die Kreisumlage gelungen sei. Deswegen verdiene der Haushalt 2010 auch die Bezeichnung, kommunalfreundlich zu sein.

Der Haushalt sei knapp aufgestellt worden und damit sicherlich auf Kante genäht. Deswegen sei er auch ein Haushalt mit Risiko. Betrachte man sich die Haushaltsansätze vor allem im Einzelplan 4 (soziale Sicherung), so wurden die Steigerungen im Bereich von Hartz IV entgegen des Verwaltungsvorschlags von 16 Mio. € auf 14 Mio. € eingegrenzt. Kreisrat Liebert beantwortet die Frage, ob man hier mit Risiko fahre, mit einem Ja, erklärt aber gleichzeitig, dass ein Haushalt der Solidarität auch bedeute, nicht nur die Gemeinden mit dem gleichen Hebesatz zu schonen, sondern, wenn dies nicht reiche, diese Solidarität nicht als Einbahnstraße zu verstehen.

Anschließend kommt Kreisrat Liebert auf die Frage zu sprechen, welche Faktoren auf den Haushalt 2010 von außen einwirken und wo die Schwerpunkte liegen. Hier sei zunächst die Umlagenkraftsteigerung zu nennen. Der Landkreis habe heuer schlechtere Karten als im letzten Jahr. Im letzten Jahr konnte noch auf 11,44 % Steigerung zurückgeblickt werden, was allein deswegen schon Geld in die Kasse spülte. Heuer sei dies mit marginalen 70.000 € nahezu ein Nullsummenspiel.

Allerdings habe es – Gott sei Dank – auch eine gegenläufige Entwicklung gegeben. So hätten sich die Schlüsselzuweisungen entgegen des ersten Haushaltsentwurfs von 25 Mio. €

um 2 Mio. € auf 27 Mio. € erhöht und seien der erste Schritt zum Haushaltsausgleich gewesen.

Kreisrat Liebert betont, die Schwerpunkte dieses Haushalts liegen in der konsequenten Fortsetzung der Bildungsoffensive. Im Bereich der Bildung habe man nicht nur geredet, sondern auch Wort gehalten und konsequent den im letzten Jahr bereits eingeschlagenen Weg fortgesetzt. Die Dominante bleibe nach wie vor die Generalsanierung des Gymnasiums in Königsbrunn mit einem Finanzrahmen von nahezu 25 Mio. € inklusive der Dreifachturnhalle. Im Bereich der Realschulen Bobingen und Zusmarshausen setze der Landkreis seinen Weg konsequent fort. Den Schwerpunkt auf dem Sektor der energetischen Ertüchtigung der Schulen bilde die Realschule in Meitingen mit einem Bruttoaufwand inklusive der vorgesehenen Erweiterungen von über 9 Mio. €.

Mit guten Argumenten und einer stattlichen Mehrheit habe sich der Kreistag als Standort für das neue Gymnasium Diedorf ausgesucht. Allerdings trete man auf der Stelle, weil zwar das Fachministerium sein Plazet dazu gegeben habe, aber das letztliche Okay aus dem Finanzministerium noch fehle. Deswegen stelle sich die Frage, ob der Landkreis das selbst gesetzte, sportliche Ziel schaffen werde, den Schulbetrieb in sieben Monaten aufzunehmen. Kreisrat Liebert erklärt, ursprünglich habe er geglaubt, dies schaffe man nicht. Seit dem letzten Samstag meine er, der Landkreis könne dies schaffen, wenn auch schwer. Dies setze aber voraus, dass in den nächsten vier Wochen die kleinen Unterschiede zwischen der Aktenlage und der Realität beseitigt werden, wie dies von Herrn Deibl in der AZ kommentiert wurde. Die Ankündigung von Staatssekretär Pschierer vom Wochenende werde hoffentlich in den nächsten vier Wochen als positiver schriftlicher Bescheid beim Landkreis eingehen. Kreisrat Liebert macht deutlich, der Landkreis habe jedenfalls Wort gehalten und in den Finanzplan 10 Mio. € für Diedorf eingestellt.

Wie bereits ausgeführt, dürfe es nicht passieren, dass die Beruflichen Schulen in Neusäß völlig hintangestellt werden. Die im Finanzplan vorgesehenen Bruttoinvestitionen von 25 Mio. € zeigen, welche Kraftanstrengung des Landkreises hier in Zukunft erforderlich sei. Dazu nehmen sich die in den Haushalt 2009 eingestellten Planungsmittel von 300.000 € und die in diesen Haushalt eingestellten 400.000 € geradezu bescheiden aus.

Anschließend fasst Kreisrat Liebert die Aufwendungen im Bildungsbereich nochmals wie folgt zusammen:

Gymnasium Königsbrunn	25,0 Mio. €
Realschulen Bobingen und Zusmarshausen	6,5 Mio. €
Realschule Meitingen	9,0 Mio. €
Berufliche Schulen Neusäß	25,0 Mio. €
Gymnasium Diedorf	<u>10,0 Mio. €</u>
	75,5 Mio. €

Dieser Gesamtbetrag beweise, dass der Landkreis auf dem Bildungssektor die Zeichen der Zeit erkannt habe.

„Zukunft braucht Bildung“, so stehe es in einer Imagebroschüre, die sich der Landkreis selbst gegeben habe. Dies sei auch der Grund, warum die Bildungsinvestitionen in den Mittelpunkt des Haushalts gestellt wurden.

Zur Frage, ob eine weitere FOS im Landkreissüden benötigt wird, meint Kreisrat Liebert, dass die Entscheidung darüber wohl erst sinnigerweise getroffen werden könne, wenn die Zahlen der Probeeinschreibung vorliegen. Es sei etwas schade, dass ein gangbares Modell zwischen der Stadt und dem Landkreis Augsburg den Segen des Finanzministeriums nicht gefunden habe. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, laute die Zeitschiene der CSU-Fraktion, zuerst zu prüfen, ob eine FOS gebraucht werde, dann zu prüfen, wo eine FOS gebraucht werde und erst dann zu prüfen, wo eine FOS zu stehen kommen soll. Bei diesen Fragen werde man sich ausschließlich von sachlichen Argumenten – wie in der Ver-

gangenheit auch – leiten lassen. Eines müsse klar sein; und zwar, dass sich die FOS hinten in die Investitionsliste einreihen müsse und sich nicht dazwischen dränge dürfe. Denn sonst könne der Landkreis seinen Finanzrahmen nicht einhalten.

Als nächsten Punkt bringt Kreisrat Liebert die Krankenversorgung zur Sprache. Der Landkreis sei mit dem Klinikum und den Wertachkliniken gut aufgestellt und könne punkten, wie kein anderer Landkreis in Bayern. Allerdings habe dies auch seinen Preis. Das Betriebskostendefizit im Klinikum sei in dieser Höhe in Zukunft nicht mehr zu schultern. 2009 werde der Verlust etwa 8 Mio. € betragen, der Landkreisanteil etwa 2,1 Mio. €. Darüber hinaus bestehe ein riesiger Investitionsstau von nahezu 100 Mio. € an fehlenden und sanierungsbedürftigen Gebäuden und veralteten medizinischen Geräten. Das Ergebnis von peritinos, dem Wirtschaftsprüfer, zeige auf, dass Potenziale zu heben seien. Allerdings möchte Kreisrat Liebert nicht missverstanden werden und merkt an, die über 5.000 Beschäftigten des Klinikums leisten hervorragende Arbeit, die gar nicht hoch genug eingestuft werden könne. Der vom Verwaltungsrat ausgewählte Vorstand, Alexander Schmidtke, stehe vor einer gigantischen Aufgabe, und die Erwartungen an ihn seien hoch.

Zur Frage „Uniklinik – ja oder nein“ äußert Kreisrat Liebert, dass man sich vor allem deswegen keine Wunder erwarten dürfe, was die vergangenen Defizite angehe. Die CSU-Fraktion sehe allerdings auch eine historische Chance, dass der Freistaat Bayern nicht nur in München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg Unikliniken vorhalte, sondern im Rahmen der Chancengleichheit auch an Schwaben denke. Anläufe habe es früher schon genug gegeben. Die Frage sei deswegen, ob die Vorstöße der letzten Zeit auf eine gewisse Ernsthaftigkeit hindeuten oder diese als Einstieg in den Ausstieg zu werten seien. Weiter stelle sich die Frage, was mittlerweile aus den drei Ausrufezeichen im goldenen Buch der Stadt Augsburg geworden sei, ob die drei ursprünglich angebotenen Lehrstühle für Palliativ-, Umwelt- und Allgemeinmedizin, die jetzt um einen vierten Lehrstuhl erweitert wurden, wirklich ernst gemeint waren oder es sich tatsächlich nur um vier Knochen handle, an denen kein Fleisch sei, wie dies Max Strehle dargestellt habe. Oder sei hier wirklich der Berg gekreißt und nur ein Feigenblatt geboren, und zwar in Größe S, wie dies von Prof. Wischnik angemerkt wurde.

Um nicht missverstanden zu werden: Mit diesen Lehrstühlen hätte Augsburg noch längst keine Uniklinik, aber man hätte den Fuß in der Tür. Deswegen müsse die Forderung nach einer Uniklinik nach wie vor bestehen bleiben. Der Freistaat sei eindeutig in der Pflicht. Er müsse mehr Geld in die Hand nehmen und dem Augsburger Großkrankenhaus aus der Finanzmisere helfen. Das Klinikum biete längst universitätsgleiche Leistungen, werde jedoch gefördert wie ein Kreiskrankenhaus auf dem flachen Land.

Lange könne man sich nicht mehr gedulden. Lange könne man sich auch folgende Schlagzeilen nicht mehr leisten: „Uniklinik – Fortschritt oder Rückschritt?“, „Die Uniklinik kommt – irgendwann“, „Das Uniklinikum kommt“ oder „Uniklinik – ein illusionäres Versprechen“. Kreisrat Liebert macht deshalb an die Adresse des Freistaates Bayern gerichtet deutlich, dass die Zeit gekommen sei, „hopp oder topp“ zu sagen.

Auf einem ganz anderen Weg befinden sich Gott sei Dank die Wertachkliniken. Seit der Zeit als KU sei nicht nur die schwarze Null erreicht, sondern die Kliniken seien gar in der Lage, Investitionen weitestgehend selbst zu finanzieren. Deswegen richtet Kreisrat Liebert seinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem an Frau Bittner als Vorstand dieser Klinik.

Im letzten Jahr habe die CSU-Kreistagsfraktion die schleppende Gangart bei der Wirtschaftsförderung angemerkt. Mittlerweile liege das Ergebnis von Exper Consult, dem beauftragten Institut aus Düsseldorf, vor: Der Landkreis habe gute Standorte, der Landkreis habe gut aufgestellte Unternehmen und der Landkreis habe gut motivierte Mitarbeiter. Dies seien einige Schlussfolgerungen hieraus. Es gebe 18.000 Betriebe und Unternehmen im Landkreis, davon 9.600 steuerpflichtige, 58.000 Arbeitsplätze und 10 Mrd. € Umsatzvolumen bei einer

erstaunlich moderaten Arbeitslosigkeit. Dies alles sei ein gutes Fundament. Ausruhen dürfe man sich jetzt sicher nicht, denn dies bedeute Rückschritt.

Im engsten Verbund mit den Gemeinden müsse der Landkreis auch in der Region um und für seine Stärken werben, vor allem deswegen, weil man sich in einer Sandwichsituation zwischen der Metropolregion München und den Ballungsräumen in Nürnberg sowie Ulm befinde.

Die eingesetzten 100.000 € müssen jedoch kritisch hinterfragt werden. Es sei zweifellos nicht sinnvoll, Geld für Menschen in Kurzarbeit auszugeben und dadurch eine Parallelstruktur zur Bundesanstalt für Arbeit zu schaffen. Es sei hier kein echter Mehrwert zu erkennen, sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Unternehmen. Auch übrige Bereiche, wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Region auf den Feldern Umwelt, Maschinenbau, Logistik seien Allgmeinplätze und müssten noch kritisch hinterfragt werden.

Zur Frage „Was wird aus dem Messestandort Augsburg?“ werde der Kreistag heute noch gesondert abstimmen. Im letzten Haushaltsjahr wurden bereits 900.000 € für den Neubau der Messehalle zur Verfügung gestellt. Durch die Deckelung des Staatszuschusses von ursprünglich angenommenen 8 Mio. € auf nunmehr verbeschiedene 5 Mio. € sei eine Finanzierungslücke aufgetreten. Kreisrat Liebert gibt zu, dies spreche nicht gerade für eine besondere Professionalität bei der Stadt Augsburg als dem Hauptgesellschafter der GmbH, wenn diese auf einen vage ausgesprochenen Betrag von 8 Mio. € gebaut habe. Die Frage sei, solle der Landkreis deswegen sein Nein dokumentieren oder vielleicht zur Kardinalfrage zurückkehren, ob man den Messestandort, von dem auch Umwegrentabilität in den Landkreis Augsburg ausströme, hängen lassen oder nochmals in den zweiten Gang schalten sollte. Die CSU-Fraktion habe sich für die Stärkung des Messeplatzes ausgesprochen und befürworte deshalb die etwa ½ Mio. € zusätzliche Investitionskosten.

Ob man dies jetzt als Kompensationsgeschäft mit der Stadt Augsburg werte oder nicht, wenn gleichzeitig die Verringerung des AVV-Zuschusses erreicht werden könne, ist aus Sicht von Kreisrat Liebert von sekundärer Bedeutung. Er wisse durchaus, was getrennte Veranschlagungen im Haushalt und das Bruttoprinzip bedeuten. Er wisse aber auch, dass letztlich wieder alles im finanziellen Magen des Landkreises zusammen komme. Ob Kompensationsgeschäft oder nicht: Die CSU-Fraktion sehe es als gerechtfertigt an, zur Messe Ja zu sagen.

Zum ÖPNV verweist Kreisrat Liebert auf den Anteil des Landkreises von 4,5 Mio. €. Zusätzlich werden 400.000 € für die auf dem ÖPNV-Bereich bestehenden weißen Flecken für Ergänzungen oder auch den Einsatz von Anruf-Sammel-Taxis zur Verfügung gestellt.

Die Infrastruktur und die Logistik seien das Rückgrat der gesamten Volkswirtschaft. Deutschland in der Mitte Europas sei wie kein anderes Land auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Das Gleiche gelte für die zentrale Lage des Landkreises. Hier treffen Fern-, Güter- und Nahverkehr – sprich ÖPNV – auf der Schiene direkt aufeinander. Hinzu komme, dass die Transportkapazitäten auf der Schiene massiv erhöht werden. Die Zahl der Güterzüge solle sich verdreifachen, die Bürger sorgen sich um ihre Nachtruhe. So titelte die Augsburger Allgemeine am 16. November letzten Jahres und wies auf den Anstieg der Güterzüge hin, die täglich den Hauptbahnhof in Richtung Norden verlassen. Die Zahlen seien mit derzeit etwa 100 Zügen beeindruckend. Im Prognosezeitraum 2015 werden es laut Unterlagen der Bahn 272 Züge sein. Kreisrat Liebert betont, dies gehe ohne dritte Gleise, aber auch ohne Lärmschutz nicht.

„Ohne Lärmschutz kein drittes Gleis!“, dies habe er am 28. Januar diesen Jahres deutlich betont, als der Kreistag Minister Zeil zu Gast hatte. Durch Zeils Besuch habe sich der Landkreis eigentlich erhofft, den dritten Gleisen nach Westen und nach Norden ein Stück näher zu kommen. Das Gegenteil sei eingetreten. Das Ping-Pong-Spiel zwischen Bund und Land scheine weiterzugehen. Der Freistaat Bayern sei nicht bereit, die Vorfinanzierung anzugehen. Die Aktion „Geldkoffer“ könne demnach derzeit nicht starten. Bei aller Enttäuschung über den Besuch Zeils sollten man jedoch die Flinte nicht ins Korn werfen, sondern sich aktiv an der geplanten Arbeitsgruppe beteiligen.

Im Bereich des Tiefbaus habe man wohl im letzten Jahr den Mund etwas zu voll genommen. Man habe nahezu keine Finanzmittel einsetzen brauchen, die im Haushalt 2009 enthalten waren. Dies komme dem Landkreis aber 2010 insofern zugute, als er mit den gebildeten Haushaltsausgaberesten ohne nennenswerte Neuansätze über die Runden komme.

Den Umweltschutz möchte die CSU-Fraktion unter das Motto stellen: „Vernünftiges Denken und Nachhaltiges Handeln“. Dies werde auch mit Leben erfüllt, indem der Landkreis in die energetische Sanierung seiner Liegenschaften – vorwiegend Schulen – sehr viel Geld investiere. Auch die Klimaschutzbeauftragte sei ein positives Zeichen, so Kreisrat Liebert.

Zum Schluss äußert sich Kreisrat Liebert noch zur Struktur des Kreishaushaltes. Allzu leicht richte man den Fokus auf die großen Investitionsvorhaben und laufe dabei Gefahr, die im Aufwand viel bedeutenderen Maßnahmen zu vergessen. Die Zahlen legen dies offen. Im investiven Teil umfasse der Haushalt rd. 31 Mio. €, im konsumtiven Teil nahezu das Fünffache, nämlich 150 Mio. €. Neben den Personalkosten habe der Landkreis erhebliche Steigerungen auf dem sozialen Sektor zu verkräften, allein 14 Mio. € im Bereich von Hartz IV. Die Jugendhilfe steige um 900.000 €. Dies seien gigantische Summen.

Innerhalb der Jugendhilfe setze der Landkreis Augsburg Meilensteine in dem Bereich Schulsozialarbeit an Grund- und Hauptschulen, die flächendeckend ausgestaltet werden soll. Gerne marschiere man auch an der Spitze des Fortschritts, wenn man in diesen Haushalt 2010 weitere 30.000 € für Schulsozialarbeit an allen Schultypen einsetze. Der Landkreis tue dies gerne, aber eines müsse klar sein: Dies dürfe den Landkreis nicht als Zuschussverweigerungsgrund durch den Freistaat Bayern treffen, nur weil der Landkreis die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt habe, früher als andere, vielleicht auch früher als der Freistaat Bayern.

In diesem Zusammenhang danke Kreisrat Liebert auch ausdrücklich seinen Fraktionskolleginnen Marlies Fasching, Ulrike Höfer, Gabi Huber und Nina Trautner, die zusammen mit Max Strehle die Situation und klare Position des Landkreises Augsburg gegenüber Staatssekretär Markus Sackmann vom Fachressort deutlich gemacht haben. Kreisrat Liebert berichtet, mittlerweile habe ihn ein Brief aus der Bayerischen Staatskanzlei erreicht, in dem zugesichert werde, dass dieser spezielle Fall des Landkreises Augsburg gesondert überprüft und verbeschieden werde.

Schließlich kommt Kreisrat Liebert auf seine Aussage zurück, dass die Schlüsselzuweisungen wie ein warmer Regen auf den Landkreis niedergegangen seien. Demgegenüber wirke allerdings auch die Erhöhung der Bezirksumlage um einen Prozentpunkt, der einzig und allein auf die demografische Entwicklung einer immer älter werdenden Gesellschaft zurückzuführen sei. Trotz dieser Erhöhung habe der Bezirk Schwaben die rote Laterne der höchsten Bezirksumlage längst zurückgegeben und gehöre zu denen, die bayernweit am schwächsten an der Umlagenschraube drehen mussten. Dafür gebühre dem Bezirk Schwaben Dank, insbesondere den Mitgliedern, die auch Mitglied dieses Kreistages seien, nämlich Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert und die Bezirksräte Manfred Buhl und Karl-Heinz Wagner.

In seiner Eigenschaft als Bezirkskämmerer sei ihm auch die Bemerkung gestattet, so Kreisrat Liebert, dass die vom Landkreis Augsburg entrichtete Bezirksumlage keine Einbahnstraße sei, sondern dass im Gegenteil mehr Sozialleistungen vom Bezirk Schwaben für Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Augsburg zurückfließen, als der Landkreis Augsburg andererseits Bezirksumlage zahle. Der Landkreis zahle im Jahr 2008 eine Bezirksumlage in Höhe von 31,7 Mio. €, im gleichen Jahr flossen 40 Mio. € an Sozialleistungen zurück.

Daraufhin bedankt sich Kreisrat Liebert bei allen, die Hand an diesen Haushalt angelegt haben, zuvorderst bei Landrat Sailer für die stets gute Zusammenarbeit, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion sowie der anderen Fraktionen. Gemeinsam habe man gerungen und ein Ergebnis erzielt, das sich sehen lassen könne. Die CSU-Fraktion stimme dem Haushalt selbstverständlich zu.

Kreisrat Güller führt aus, der Kreistag stimme heute über einen unspektakulären Arbeitshaushalt 2010 ab. Spektakulär sei der Haushalt eher aufgrund der darin enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von fast 60 Mio. €. Dies sei eine riesige Anstrengung, die in den nächsten Jahren vor dem Landkreis liege.

Im vorliegenden Haushalt werden hingegen nur die täglichen Notwendigkeiten abgebildet. An vielen Stellen müsse man leider das ausbaden, was dem Landkreis und der Region von der Staatsregierung und der Mehrheit des Bayer. Landtags nicht zugestanden wurde. Es sei natürlich ein Dilemma, in dem sich die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion und neuerdings auch der FDP befinden. Man sei sich einig darüber, dass die Schulsozialarbeit, die Ganztagsbetreuung, die dritten Gleise sowie eine finanzielle Entlastung beim Klinikum benötigt werden. Einigkeit bestehe auch darin, dass man es als Bezirk Schwaben insgesamt verdient hätte, dass die Aufgaben des Bezirks stärker durch den Freistaat finanziert werden. Die Frage sei nur, was dies nütze, wenn die CSU- und FDP-Mitglieder sich hier im Kreistag mit der Opposition einig seien, dies alles aber in München nicht durchsetzen können. Der Landkreis müsse dann bei seinen Entscheidungen über den Haushalt dieses Versagen der gleichen Parteien, die hier den Haushalt mit zu verantworten haben, in München ausbaden, wofür seine Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kommunen, von denen der Landkreis die Kreisumlage verlange, bluten müssen. Dies ändere aber nichts daran, dass man sich bei vielen inhaltlichen Punkten einig sei. Es dürfe aber auch einmal ein kleiner Seitenhieb erlaubt sein, wonach das Handeln der CSU und FDP im Kreistag und das Abstimmungs- und Entscheidungsverhalten in Staatsregierung und Bayer. Landtag weit auseinander fallen. Man würde sich beim Haushalt viel leichter tun, wenn der Landkreis einfach das Geld bekäme, das ihm zustehe.

Es gebe einige offene Baustellen in diesem Haushalt, die man seit Jahren erkannt habe und an denen man jetzt fleißig, aber wie die SPD-Fraktion meine, zu langsam weiter baue. Dies betreffe die Wirtschaftsförderung sowie das Thema Bildung, zu denen er nachher noch Ausführungen machen werde, so Kreisrat Güller.

Das wichtigste Kriterium für die SPD sei es in diesen Haushaltsberatungen wie auch in den vorigen Jahren gewesen, dass die Kommunen nicht zu stark belastet werden dürfen, nachdem dies das letzte gute Jahr bzw. das letzte Jahr sei, das noch einigermaßen ausgeglichen werden könne. Eine Erhöhung der Kreisumlage konnte deshalb auf keinen Fall hingenommen werden, wie dies die SPD auch von Anfang an – im Gegensatz zum Landrat und zum Kreiskämmerer – erklärt habe. Kreisrat Güller erinnert an die Einbringung des Kreishaushalts in den Kreistag, als vom Kreiskämmerer mitgeteilt wurde, die Tendenz sei eine Erhöhung der Kreisumlage. Gott sei Dank sei es anders gekommen. Deswegen könne dieser Haushalt am Ende auch gemeinsam getragen und verantwortet werden.

Anschließend werden von Kreisrat Güller ein paar Einzelbereiche näher beleuchtet.

Er beginnt mit dem Thema Wirtschaftsförderung. Miteinander versuche man seit Jahren, das beste Konzept für den Landkreis, aber auch für die gesamte Region in Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg und den umliegenden Landkreisen zu erreichen. Es müsse aber auch festgestellt werden, dass der Landkreis im Bereich Wirtschaftsförderung nach wie vor zu langsam sei. Kreisrat Güller gibt zu verstehen, er sei mit dem Ausgabeposten von 100.000 € für einzelne Projekte der Wirtschaftsförderung nicht zufrieden. Die in Absprache mit Exper Consult vorgelegten fünf Projekte seien teilweise sehr wenig konkret und dort, wo sie konkret seien, nämlich bei der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, schlicht und einfach der falsche Weg, weil der Landkreis hierfür der falsche Ansprechpartner sei. Man wolle keine Parallelarbeit zur ARGE und zur Arbeitsagentur aufmachen.

Noch nicht weit genug sei der Landkreis außerdem in der Zusammenarbeit mit der neu gegründeten Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. Kreisrat Güller erklärt, ihm gebe es Hoffnung, dass im breiten Konsens jetzt ein neuer Geschäftsführer eingestellt wurde und das Konzept jetzt kontinuierlich umgesetzt werden soll. Der SPD fehle hier jedoch nach wie vor der große

Wurf. Dieser sei auch in diesem Jahr nicht zu erwarten. Kreisrat Güller ist skeptisch, ob es gelingen könne, tatsächlich ein Konzept zwischen der Wirtschaftsförderung des Landkreises und der Regio Wirtschaft in einem Jahr auf den Tisch zu bringen. Deswegen sei es auch richtig, dass die zweite Stelle in der Wirtschaftsförderung mit einem Sperrvermerk versehen wurde. Vorher müsse man in den zuständigen Ausschüssen, insbesondere im Kreisausschuss, ganz konkret darüber reden, was man mit dieser Stelle machen werde. Allein die Stelle, die den Landkreis wieder rd. 60.000 € kosten werde, mache Wirtschaftsförderung noch nicht aus, wenn die Projekte, wie sie gerade genannt wurden, nicht besonders tragfähig seien.

Im Bereich Wirtschaftsförderung habe der Landkreis zudem etwas gemacht, was sicherlich richtig sei. So gebe der Landkreis unter Einbeziehung aller Kommunen nun eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, die klären soll, wo und unter welchen Voraussetzungen Breitbandkabel angeschlossen werden können.

Trotzdem gelte auch an dieser Stelle, was vorher bereits gesagt wurde. Der Landkreis bade aus, was der Freistaat seit Jahren versäumt habe. Dies sei Geld, das die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zahlen und das in anderen Bundesländern schon seit Jahren vom Staat übernommen werde. Dort liegen die entsprechenden Studien auch bereits vor. Dass außerdem noch vergessen wurde, EU-Förderungen in diesen Bereich zu geben, wie es in anderen Ländern der EU der Fall sei, möchte Kreisrat Güller an dieser Stelle gar nicht vertiefen.

Zum Thema Messe gebe es einen Antrag der FDP. Warum dies im Landkreis die FDP sei und welche Streitigkeiten zwischen FDP-Zusagen und CSU-Oberbürgermeistern der Stadt Augsburg ausgetragen werden, sei ihm an der Stelle völlig egal, so Kreisrat Güller. Der Kern des Antrags der FDP sei richtig, und zwar nicht richtig, weil der Landkreis gegen den Messestandort Augsburg, sondern gegen die Art und Weise sei, wie das Thema vom Oberbürgermeister der Stadt Augsburg angegangen wurde. Kollege Liebert habe heute zumindest nochmals das Wort des nicht besonders professionellen Umgangs wiederholt. Im Kreisausschuss sei dies noch ein bisschen konkreter gewesen. Dort habe Kollege Liebert der Stadt Augsburg keinen besonders professionellen Umgang mit dem Zuschuss von 3 Mio. € attestiert, er habe den Umgang als nicht korrekt, laien- und stümperhaft bezeichnet. Kreisrat Güller erklärt, dem könne man nur zustimmen.

Man könne nicht in die Messegesellschaft gehen und auf konkrete Nachfrage erklären, der Zuschuss sei völlig sicher und dass die Stadt Augsburg dieses Geld übernehmen werde, falls der Zuschuss nicht kommen sollte. Unter Partnern müsse man offen und ehrlich miteinander umgehen. Eigentlich hätte man darauf hinweisen müssen, dass es eventuell einen höheren Zuschuss geben könnte. Dies hätte sich aber nicht mit der kurz vor den Landtags- und Bundestagswahlen bereits in der Zeitung zu lesenden Zustimmung der Staatsregierung vertragen. Kreistag Güller stellt fest, es wurde nichts erreicht. Letztendlich finanzieren nun alle das, was der Oberbürgermeister und die Augsburger CSU-Abgeordneten nicht hinbekommen haben.

Deswegen möchte die SPD laut Kreisrat Güller an dieser Stelle auch ein Zeichen setzen, nicht gegenüber der Stadt Augsburg oder der Messe Augsburg, sondern gegenüber dem CSU-Oberbürgermeister der Stadt Augsburg. So könne man in einer kommunalen Familie und in einer Region nicht miteinander umgehen. Deswegen werde die SPD-Fraktion dem Antrag der FDP zustimmen.

Dies ändere nichts daran, dass die Messe ein hervorragendes Instrument zur Wirtschaftsförderung und diese für den Landkreis wichtig sei, weshalb die aktive Bereitschaft bestehe, diese in den nächsten Jahren weiter zu entwickeln. In diesem Fall müssen die Konzepte und der Masterplan aber auch mit dem Landkreis besprochen und ehrliche Finanzierungen gemacht werden. Dann sei die SPD auch jederzeit bereit, diese mitzutragen und in späteren Haushalten mit zu verabschieden.

Zum Thema Infrastruktur gehöre natürlich auch der ÖPNV und SPNV mit der nötigen Infrastruktur. Die dritten Gleise wurden schon angesprochen. Auch hier bade der Landkreis aus, was die Politik in München und Berlin verbockt habe. Es sei völlig unstrittig, dass für einen ordentlichen Takt – die letzten Wochen haben dies wieder gezeigt – die dritten Gleise benötigt werden, und zwar in alle Richtungen. Was zum Lärmschutz gesagt wurde, trage die SPD mit. In der jetzt dann vorliegenden Machbarkeitsstudie müsse ein Teil selbstverständlich der notwendige Lärmschutz sein.

Das Geld, das nun für die Machbarkeitsstudie ausgegeben werden müsse, die politische Energie, die in dieses Thema fließe, sei aber eigentlich völlig unnütz. Schließlich sei völlig klar, dass das Geld notwendig sei, um die dritten Gleise zu bauen, und es sei für die Region über alle Fraktionen hinweg ebenfalls völlig klar, dass man die dritten Gleise wegen des Nahverkehrs brauche, da der Fernverkehr gesetzlich Vorrang habe. Habe der Zug aus Stuttgart Verspätung, dann bremse dieser eben nicht für den Nahverkehrszug, der dann stehen bleiben müsse. Diese zusätzlichen Gleise seien über den Etat des Freistaates Bayern über den Bund zu finanzieren. Damit sei die Vorfinanzierung eigentlich klar.

Verwundert zeigt sich Kreisrat Güller jedoch über die Aussage des Kollegen Liebert, dass damit die Aktion Geldkoffer nicht mehr notwendig sei. Nach der schnöden Absage von Minister Zeil sind die vollmundig angekündigten Geldkoffer aus Sicht von Kreisrat Güller umso nötiger, müssten wirklich einmal symbolisch in München vorbei gebracht werden, und zwar gefüllt mit konkreten Finanzausgaben. Dann solle der Minister nochmals erklären, dass er dieses Geld nicht annehme und die Vorfinanzierung nicht über den Freistaat laufen könne. Was so vollmundig angekündigt wurde, sollte nach Auffassung von Kreisrat Güller jetzt auch in die Tat umgesetzt werden.

Im Bereich ÖPNV und SPNV habe der Landkreis mit seiner Idee der Sonderförderung zur Stärkung des ländlichen Raums viel erreicht. Die ersten Evaluationen werde man in 1 ½ Jahren haben und dann sehen, welche Linien, die der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen auf die Füße gestellt habe, erfolgreich laufen, bei welchen vielleicht noch Veränderungen notwendig sind und welche von der Bevölkerung nicht angenommen werden. Kreisrat Güller erklärt, dies sei nur möglich, weil alle miteinander – auch auf einen Antrag der SPD hin – diese Sonderförderungsmittel zur Verfügung gestellt haben. Diese Mittel zeigen auch, dass auch in den nächsten Jahren ein Bedarf bestehe, da sie voll ausgeschöpft wurden. Dies erfolgte nicht gewaltsam, sondern es konnten nur die nötigsten Projekte, die die Kommunen hatten, damit abgedeckt werden. Es gebe noch viele wirklich gute Ideen aus den einzelnen Kommunen, die es wert wären, realisiert zu werden. Deswegen bittet Kreisrat Güller bei aller Schwierigkeiten in den nächsten Haushaltsjahren darum, sich diesen Bereich im Konsens offen zu halten und weiter bereit zu sein, an dieser Stelle Gelder zu investieren, auch wenn dies im freiwilligen Bereich liege. Solche Vorhaben seien vielleicht besser als so manche Reparatur an einer Straße oder so manch andere Bauinvestition, die der Landkreis mache.

Anschließend bringt Kreisrat Güller die Wertachkliniken und das Klinikum zur Sprache. Er bedankt sich zunächst ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Einrichtungen. Was dort im letzten Jahr an Konsolidierungsarbeit geleistet wurde, sei wirklich lobenswert. Die Qualität habe darunter nicht gelitten, sondern sei in vielen Bereichen sogar höher geworden.

Es sei schade, dass sich der finanzielle Erfolg hauptsächlich nur bei den Wertachkliniken zeige, weil man dort andere Rahmenbedingungen habe, die es erleichtern, gute Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in finanzielle Erfolge umzusetzen.

Beim Klinikum sei dies anders. Dort sei man durch die nach wie vor fehlende Förderung und Anerkennung der Leistungen durch den Freistaat Bayern als Haus der Spitzenmedizin und der höchsten Versorgungsstufe gehandicapt, obwohl dieses in den meisten Bereichen heute schon eine gleichwertige Versorgung wie Universitätskliniken anbiete. Deswegen müsse im nächsten Jahr massiv darauf gedrängt werden, dass der Eintrag des jetzigen Ministerpräsi-

denten ins goldene Buch der Stadt Augsburg keine leere Versprechung bleibe. Kreisrat Güller macht deutlich, hier verstehe er das Jubelgeschrei von manchen CSU'ern in Augsburg nicht.

Vier Lehrstühle seien keine Uniklinik. Vier Lehrstühle in der heutigen Konzeption seien auch kein absehbarer Weg zu einer vollen Universitätsklinik. Deshalb hofft Kreisrat Güller, dass es gelingt, die Reihen wieder zu schließen und sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, nur weil man an einem Abend kurz eine Viertelstunden-Audienz beim Ministerpräsident hatte und dabei schnell etwas verkündet wurde: Am selben Nachmittag hätten Abgeordnete aller Fraktionen noch im Bayer. Landtag mit dem zuständigen Minister, Herrn Heubisch, gesprochen. Dieser habe mitgeteilt, am Abend gebe es gar nichts zu verkünden, da das Gutachten noch gar nicht fertig sei, weshalb alles, was der Ministerpräsident am Abend sage, nur einen vorläufigen Charakter habe. Kreisrat Güller gibt zu verstehen, so könne man dieses Thema von Seiten der Staatsregierung nicht angehen und nicht behandeln. Man dürfe auf solche kurzen Verkündungen aber auch nicht hereinfallen und dann am nächsten Tag von einer riesigen Dynamik reden, wenn vielmehr das richtig sei, was Max Strehle gesagt habe, dass an den hingeworfenen Knochen noch nicht besonders viel Fleisch dran sei. Nachdem an diese Knochen auch nichts mehr hinwachsen werde, müsse man sich etwas völlig Neues überlegen und dürfe sich nicht mit den vier Lehrstühlen und der windigen Zusage des Ministerpräsidenten zufrieden geben, betont Kreisrat Güller.

Das Thema Soziales sei sicherlich eines der finanziell für den Landkreis am schwierigsten zu schulternden Themen. Es mache einen als Kreisrat betroffen, dass man nur noch über ganz kleine Steuerungsmöglichkeiten verfüge. Sitzung für Sitzung werde über das Thema Freiwilligenagentur diskutiert, ein Bereich, der den Landkreis ca. 30.000 € koste und der sehr gut konzipiert sei, wofür Kreisrat Güller seinen Dank an die Verwaltung und die zuständige Mitarbeiterin richtet. Die SPD stehe hinter diesem Projekt und hoffe, dass man die Mobilisierung von Ehrenämtern in den nächsten Jahren auch für den sozialen Bereich zum Erfolg führen könne.

Bei aller Freude, dass dies mit 30.000 € in diesem Haushalt implementiert werden könne, stelle man doch fest, dass die Millionenbeträge in der Sozialhilfe, Jugendhilfe bzw. bei Hartz IV laufen. Dort seien die Steuerungsmechanismen des Landkreises sehr gering. Die ARGE wurde von der Spitze der Verwaltung mit Unterstützung des Kreistages in den letzten Jahren hervorragend zum Laufen gebracht. Ärgerlich sei es daher, dass diese Leistung aus einer Hand aufgrund eines kleinkarierten Streits in der Koalition in Berlin momentan auf Eis liege und es ganz schwierig sein werde, noch rechtzeitig eine Grundgesetzänderung hinzubekommen, die es ermöglichen würde, mit diesem Thema im Landkreis ordentlich zu verfahren. Dies betreffe erstens alle Empfänger von Sozialleistungen, die mit der Behandlung einer Leistung aus einer Hand in einem Haus zufrieden sein können. Zweitens seien hiervon 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses involviert, die derzeit in der ARGE tätig seien. Für die Abwicklung der Kosten für Unterkunft und Heizung werden vom Landkreis nur rd. 14 Personen benötigt. Sollte also die ARGE aufgelöst werden, würde dies für den Landkreis auch ein personelles Problem bedeuten. Der Landkreis habe dem Personal ein Rückkehrrecht eingeräumt. Es mache außerdem keinen Sinn, ein funktionierendes Team auseinanderzureißen, um dann die Leistungen wieder getrennt zu fahren. Der Kreistag müsse nun darauf hoffen und daran appellieren, dass hier Vernunft einkehre und diese Problematik noch gelöst werden könne.

Im Bereich Soziales möchte Kreisrat Güller noch einen weiteren Punkt ansprechen, in dem es momentan eine Hängepartie gibt, und zwar bei den Investitionskostenzuschüssen für die ambulanten Pflegedienste. 255.000 € stehen hierfür im Haushalt zur Verfügung. Seit Jahren werde eine Regelung fortgeführt, obwohl man sich eigentlich einig gewesen sei, diese zu ändern. Es gehe nicht darum, weniger Geld auszugeben, sondern um die Änderung der Strukturen und Schaffung von Kooperationen. Deshalb müsse dieser Bereich auf neue Füße gestellt werden. Leider tue sich hier seit Jahren nichts. Die SPD-Fraktion sei nur noch in die-

sem Jahr bereit, den Haushaltsansatz fortzuschreiben. Es wurde zugesagt, dass man bis Herbst 2010 ein neues Konzept von der Verwaltung bekomme, worüber dann in den Ausschüssen diskutiert werden müsse und welches sich dann auch mit einer neuen Fördergrundlage im nächsten Haushaltsjahr widerspiegeln werde. Kreisrat Güller bittet darum, dies ernst zu nehmen und nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Die pflegebedürftigen Menschen und insbesondere die älteren Bürgerinnen und Bürger im Landkreis hätten es verdient, dass der Landkreis auch neue Erkenntnisse in seine Arbeit einbeziehe.

Die Bildung sei das klassische Thema, für das der Landkreis zig Millionen für den Freistaat und dessen Konzeptionslosigkeit zahle. Jede der vorher genannten Maßnahmen, ob die Realschulen in Meitingen, Bobingen oder Zusmarshausen, ob das Gymnasium in Königsbrunn, die Beruflichen Schulen in Neusäß oder jetzt die Neuerrichtung eines Gymnasiums in Diedorf, sei für sich genommen notwendig. Auch das Thema Mittelschule sei nett und interessant, eine Konzeption von Schule stecke aber nicht dahinter. Gleichzeitig stehen in vielen Kommunen Schulhäuser leer. In diesen könne keine Beschulung stattfinden, weil es nicht in die Schulstruktur passe. Der Landkreis müsse seine Schülerinnen und Schüler in den vom Staat vorgegebenen Strukturen beschulen. Darum werde die SPD-Fraktion den Investitionen auch zustimmen, erklärt Kreisrat Güller. Er bleibe aber dabei, dass dem Landkreis eine Menge an Ausgaben erspart bleiben würden, wenn man endlich eine längere gemeinsame Schulzeit und auch Ganztagschulen hätte und nicht nur Ganztagsbetreuer. So würde man über eine bessere Struktur im Landkreis und außerdem bei weniger Investitionsausgaben über eine bessere Beschulung der Schülerinnen und Schüler verfügen. Alle hätten hiervon etwas, die Kommunen, der Landkreis, die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern.

Genauso sehe es bei der Jugendsozialarbeit an den Schulen aus. Der Landkreis bade auch hier aus, was in München von der Staatsregierung und der Mehrheit im Landtag versäumt wurde. Natürlich stehe die SPD-Fraktion dazu, dass hierfür 165.000 € im Jahr 2010 ausgegeben werden. Aber es bleibe dabei, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen etwas mit dem Bildungssystem zu tun habe. Es sei nicht Aufgabe des Landkreises, das Personal zu finanzieren. Es sei Aufgabe des Freistaates, dieses Personal zur Verfügung zu stellen. Wenn dann der Landkreis diese Aufgabe selbst schultere und zusätzliche Stellen finanziere, könne es nicht angehen, dass vom Sozialministerium erklärt werde, dass dies zwar schön sei, der Landkreis bei Auflage eines Förderprogramms für die Jugendsozialarbeit an Realschulen aber nicht in die Förderung kommen könne, weil dieser schon mit den Maßnahmen begonnen habe.

An Kreisrat Liebert gerichtet meint Kreisrat Güller, dass ihm die soeben gemachte Aussage schon ein bisschen zu dünn sei. Beim Schreiben der Staatsregierung an Kreisrat Liebert handle es sich um die Zusage, dass der Fall Augsburg-Land gesondert geprüft und gesondert verbeschrieben werde. Wenn der Landkreis zu einem Zeitpunkt eine Aufgabe des Freistaates übernehme, zu dem dieser nicht gewillt sei, diese zu übernehmen bzw. zu dem noch nicht einmal ein Beschluss über die Förderrichtlinien bzw. die zur Verfügung stehenden Mittel existiere, dann müsse der Landkreis selbstverständlich der Erste sein, der eine Förderung hierfür bekomme.

Ähnliches gelte für die Ganztagesbetreuung. Natürlich sei es richtig, dass man mehr Ganztagesbetreuung an den Schulen brauche. Dies predigen die Sozialdemokraten gebetsmühlenartig seit Jahrzehnten. Wenn dies nun endlich auch bei den anderen konservativen Fraktionen angekommen sei, dann sei dies schön. Man habe aber nie gepredigt, dass es sich um einen Teil der Leistung des Landkreises handle. Vielmehr gehöre die Ganztagesbetreuung zum Bildungsauftrag der Schulen. Der Landkreis erhöhe jetzt die Mittel von 60.000 € auf etwas über 120.000 €, weil pro Schule nicht mehr 6.000 €, sondern pro Gruppe 5.000 € gezahlt werden. Dies sei richtig und werde von den Schulen auch benötigt. Es handle sich hier aber bei Gott um keine Aufgabe des Landkreises. Deswegen blute der Landkreis an dieser Stelle wiederum für eine verfehlte Politik an anderer Stelle. Man müsse dies bei einer Haus-

haltsrede auch anbringen dürfen, so Kreisrat Güller weiter, da sich an den Zuständen nichts ändern werde, wenn man sie als Kommune einfach hinnehme.

Zum Thema Diedorf merkt Kreisrat Güller an, er wisse nicht, ob er nach dem Artikel in der AZ am vergangenen Samstag so positiv gestimmt sein sollte. Er sehe hier nach wie vor eine Hängepartie. Die Zahlen, ob Ursberg ausgelastet sei, liegen dem Landkreis seit langem vor. Wenn neben dem Finanzstaatssekretär der CSU vielleicht auch jemand aus dem Kultusministerium vor Ort gewesen wäre, dann hätte es vielleicht etwas mehr als nur wolkige Worte gegeben. Die SPD fordere: „Schluss mit dieser Hängepartie“. Der Kreistag habe die Hausaufgaben gemacht und die Standorte abgewogen. Es gab verschiedene Meinungen, letztendlich habe man sich aber mehrheitlich für Diedorf entschieden. Damit stehen 70 Personen plus Landrat hinter dem Beschluss, weshalb nun auch gefordert werden müsse, dass das Kultusministerium zusammen mit dem Finanzministerium endlich grünes Licht gebe, um die Planungen machen und die Schülerinnen und Schüler auch entsprechend beschulen zu können.

Anschließend erklärt Kreisrat Güller, Kollege Häusler habe im letzten Jahr nochmals das aufgenommen, was er bereits vor zwei bzw. drei Jahren gesagt habe. Leider sei es so, dass der Landkreis bis auf die Punkte Ganztagsbetreuung und Schulsozialarbeit in Steine investiere. Leider zeige der Freistaat nicht das gleiche Engagement, das der Landkreis beim Bau von Schulräumen zeige, indem er dem Landkreis mehr pädagogisches Personal bzw. auch anders geschultes pädagogisches Personal zur Verfügung stelle sowie die Rahmenbedingungen verändert. Es spreche nichts dagegen, dass der Landkreis diese Investitionen jetzt mache, damit die Räume zur Verfügung stehen. Wenn der Landkreis aber das Geld der Bürgerinnen und Bürger hierfür bereitstelle, dann habe dieser auch das Recht, vom Freistaat zu fordern, dass dort hochwertige, gute Pädagogik stattfinde. Dazu brauche der Landkreis mehr Lehrerinnen und Lehrer und auch eine Änderung der Schulstruktur.

Dadurch wird aus Sicht von Kreisrat Güller das Thema Bildungslandkreis vielleicht auch etwas relativiert. Ein Jahrzehnt lang wurde das Thema Bildung und Investitionen in Bildung unter den damaligen Mehrheiten ein Stück weit verschlafen. Wenn der Landkreis heute nachfolgend Investitionen tätige, dann sei dies richtig, mache den Landkreis aber noch lange nicht zu einem Bildungslandkreis. Betrachte man sich die letzte Studie der Schulübertritte, dann liege der Landkreis nicht im Vordergrund, sondern eher im mittleren und in manchen Übertrittsquoten im hinteren Bereich der Statistik in ganz Bayern, und Bayern liege schon am Ende der Bundesstatistik. Dies heiße, dass der Landkreis in den letzten Jahren wohl etwas zu langsam gewesen sei. Kreisrat Güller erklärt, er könnte allein drei Haushalte in den letzten 10 Jahren nennen, die wegen der Bildungspolitik von der SPD abgelehnt wurden. Er glaube jedenfalls, dass das Wort des Bildungslandkreises leider noch übertrieben sei, sondern dass man in den nächsten Jahren noch viel Hirnschmalz, Fleiß und leider auch viel Geld investieren müsse.

Abschließend macht Kreisrat Güller noch ein paar allgemeine Anmerkungen zum Haushalt. Die SPD-Fraktion sei dankbar, dass der Tiefbau-Haushalt und auch ein Teil des Hochbau-Haushalts auf völlig neue Füße gestellt wurden. Welche Kluft hier zwischen den Zahlen und der Realität geherrscht habe, hatte nichts mehr mit Wahrheit und Klarheit des Haushaltes zu tun. Kreisrat Güller dankt insbesondere den Mitgliedern des Bau- und Umweltausschusses, die an diesem Thema so hartnäckig dran waren. Dies bedeute aber auch, dass in diesem Bereich der Verwaltung in den letzten Jahren offensichtlich etwas geschludert wurde. Bei der Haushaltsabwicklung wurde aufgrund der Abwicklungsquoten, die zur Jahresmitte meistens bei um die 10 % lagen, stets nachgefragt. Hierauf habe man immer die Antwort bekommen, dies liege im Plan, weil die Rechnungen so spät eingehen. Die Realität war, dass nicht einmal die Haushaltsausgabereise vom letzten Jahr ausgegeben wurden. Inzwischen wurden Investitionen über zwei bis drei Jahre nach vorne gezogen, diese aber nicht abgearbeitet.

Kreisrat Güller bezeichnet dies als ein Riesen-Versäumnis und hofft, dass dieses Versäumnis nun endlich abgestellt sei und wieder Wahrheit und Klarheit im Haushalt eintreten werde. Die SPD werde im zuständigen Ausschuss wie auch im Kreisausschuss in den nächsten Monaten um eine verstärkte Berichterstattung hierzu bitten, nicht nur im Hinblick auf die eingegangenen Rechnungen, sondern auch bezüglich der bereits erfolgten Aufträge und der laufenden Maßnahmen. Es wurden viele Investitionen im Tiefbau eingestellt und diese von allen als sinnvoll erachtet. Deshalb habe man als Kreistag auch den Anspruch darauf, dass die Maßnahmen in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Es mache nichts, wenn es einmal eine Verzögerung gebe. Es könne aber nicht überall Verzögerungen geben.

Kreisrat Güller merkt an, diese Problematik gebe auch etwas Hoffnung für das Thema der kommunalen Räte und damit der Kreistage oder Gemeinderäte. Oft heiße es, dass diese in ihrer Masse nichts zu sagen hätten. Diese großen Posten hätten nun gezeigt, dass jede einzelne Kreisrätin und jeder einzelne Kreisrat die Möglichkeit haben, Einfluss auf den Haushalt zu nehmen und viel – auch in Richtung Wahrheit und Klarheit – zu bewegen. Kreisrat Güller merkt an, es mache ihn froh, dass ein solches Gremium wie der Kreistag Augsburg auch seinen Sinn habe und der Haushalt nicht nur insgesamt abgenickt oder lediglich ein paar Positionen verändert werden, sondern auch wirklich fundamentale Veränderungen vorgenommen werden können.

Ferner stellt Kreisrat Güller fest, dies sei der letzte Haushalt für die nächsten Jahre, der nicht zu eng sein werde. Deswegen müsse man in den nächsten Monaten das Thema der kommunalen Finanzausstattung auch im Kreistag diskutieren. Schließlich sei der Landkreis abhängig davon, wie viel Geld die Kommunen im Landkreis haben oder nicht haben. Wenn das Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Kommunen insgesamt 1.600 Mio. € koste, dann müsse man als kommunale Familie auf einen Ausgleich oder zumindest auf einen teilweisen Ausgleich dringen. Diese 1.600 Mio. € können die Kommunen nicht stemmen, wenn gleichzeitig die Wirtschaftsleistung nach unten gehe, die Einnahmen insgesamt nach unten gehen und damit dieser Effekt noch zusätzlich verstärkt werde. Deswegen sollte das Thema „Rettungsschirm für die Kommunen“ im Kreistag diskutiert werden, nachdem der Landkreis auf Gedeih und Verderb an zwei Faktoren hänge, zum ersten an den Schlüsselzuweisungen aus München und zum zweiten an der in den Kommunen vorhandenen Umlagekraft. Der Landkreis könne die 46,0 Punkte Kreisumlage schließlich nicht unendlich nach oben treiben, ohne die Kommunen und deren Möglichkeiten damit zu erdrosseln.

Zum Schluss seiner Ausführungen erklärt Kreisrat Güller, dass das Abstimmungsverhalten zum Messeantrag bereits dargelegt wurde und dieser Antrag hoffentlich durchgehen werde. Unabhängig davon werde die SPD-Fraktion dem Haushalt insgesamt zustimmen. Die Zustimmung zu diesem Haushalt erfolge in einer anderen Situation, als man sie in Augsburg vorfinde. Dies solle heute auch positiv hervorgehoben werden. Alle im Kreistag stellen sich der Verantwortung für Bildung, für das Ehrenamt, für Sportvereine, Sportstätten und Bäder. In Augsburg sei die Situation momentan eine andere. Hier werde kommunales Eigentum und damit das Eigentum aller Bürgerinnen und Bürger verscherbelt, um kurzfristige Effekte zu erzielen. Dem habe der Kreistag widerstanden.

Auch der Landkreis hätte die Möglichkeit, Gelder in andere Bereiche wie in das Klinikum oder die Rücklagen zu verschieben. Man habe dies nicht getan. Das Klinikum werde in seiner Rücklage nach wie vor seriös und gut finanziert. Darum sei das Ja der SPD-Fraktion auch als eine Hand zur weiteren gemeinsamen Arbeit für diesen Landkreis, zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, aber auch als ein kritisches Hinterfragen in den Punkten zu verstehen, in denen die SPD der Auffassung sei, dass in ungerechtfertigter Weise zu viel Geld ausgegeben werden müsse, weil der Landkreis nicht die entsprechenden Zuschüsse bekomme.

Kreisrat Güller dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes ganz herzlich, insbesondere Herrn Seitz und seinem Team, das einen guten Job mache. Er dankt

gleichfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Töchter und Söhne, ob dies das Klinikum, die Wertachkliniken oder die AVA seien, die er an dieser Stelle nochmals extra erwähnen möchte, nachdem es in der AVA in den letzten Jahren sehr unruhig gewesen sei. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei es kein Zuckerschlecken gewesen, wenn man pausenlos in der Öffentlichkeit und in der Zeitung stehe. Kreisrat Güller erklärt, er sei froh, dass die Ankündigung jetzt ein Stück weit geglückt sei, Ruhe in den Laden zu bringen und mit dem Neuanfang in der Geschäftsführung hoffentlich auch ein Endpunkt erreicht sei, der eine positive Weiterentwicklung der AVA ermögliche.

Des Weiteren bedankt sich Kreisrat Güller bei allen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen sowie bei Landrat Sailer für die offene Diskussion. Es sei ihm aber auch gestattet, insbesondere seiner Fraktion zu danken. Er selbst dürfe zwar die Haushaltsrede halten, die Kärnerarbeit in den Ausschüssen machen jedoch die Kolleginnen und Kollegen. Wenn diese nicht so detailliert über die einzelnen Zahlen Bescheid wüssten, dann wäre man als Fraktionsvorsitzender ziemlich verlassen.

Die SPD-Fraktion werde diesem Haushalt zustimmen.

Stv. Landrat Häusler spricht für die Fraktion der Freien Wähler. Er wolle einige Punkte jetzt weglassen, nachdem diese schon zweimal sehr ausführlich erörtert wurden. Von der Brisanz her sei es aber absolut notwendig gewesen, diese in die Diskussion einzubringen.

Der heute zur Verabschiedung vorgelegte Haushalt 2010 erfülle eigentlich alle wesentlichen Voraussetzungen für eine solide, zukunftsinvestive Finanzplanung. Der Kreistag beschließe heuer noch relativ einfach einen ausgeglichenen Haushalt, welcher der aktuellen konjunkturpolitischen Situation in der Form eines antizyklischen Investitionsprogramms gerecht werde. 27,1 Mio. € werden für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vorgesehen. Stv. Landrat Häusler bezeichnet dies als Konjunkturpaket. Diese Beurteilung werden wohl alle Mitglieder des Kreistags teilen.

Am 16. Februar letzten Jahres beurteilte der Kreistag den damals vorliegenden Haushaltsentwurf 2009 gleichermaßen. Allerdings – darüber wurde heute ebenfalls schon ausführlich diskutiert – sei dies in einem ganz anderen Licht erfolgt.

Gut 2/3 des Haushaltsansatzes im Tiefbau wurden überhaupt nicht in Anspruch genommen, so dass für das Haushaltsjahr 2010 keine neuen Ansätze mehr gebildet werden mussten. So weit summierten sich letztlich die Haushaltsausgabereise. Auch bei den Hochbaumaßnahmen, und hier insbesondere bei den Schulbauinvestitionen, wurden die politischen Vorgaben und Haushaltsbeschlüsse weit verfehlt. Dies drücke sich anhand zweier nüchterner Zahlen sehr deutlich aus. Der veranschlagten Kreditaufnahme von 13,4 Mio. € im Haushalt 2009 stand eine tatsächliche Kreditaufnahme – beschränkt auf das letzte Quartal 2009 – von 3 Mio. € gegenüber. Dies führte folgerichtig zu einer Verbesserung des Verwaltungshaushaltes um knapp 0,5 Mio. €. Zusammengefasst lasse sich konstatieren, dass das Haushaltsjahr 2009 demnach mit einem deutlichen Plus abgeschlossen wurde, was sich durch eine höhere Zuführung zum Verwaltungshaushalt bei gleichzeitig nur wesentlich geringerer Zunahme der Verschuldung ausdrücke.

Allerdings sei ganz bewusst festzuhalten, dass sich die ehrgeizigen konjunkturellen Ziele eines antizyklischen kommunalen Konjunkturprogramms damit weitgehend verlaufen haben. Dies schmerze die FW-Kreistagsfraktion ganz besonders, da genügend Handlungsbedarf bestand bzw. bestehe, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Landkreis Augsburg hervorragende infrastrukturelle Standort- und Wettbewerbsvorteile anzubieten.

Primär solle dies mittels eines weiteren Ausbaus des schulischen Angebots erfolgen. Man wisse sehr wohl, dass der Landkreis diesbezüglich gut und auch deutlich besser sei als manch andere Städte und Landkreise. Trotzdem bestehe erheblicher Handlungsbedarf. Stv. Landrat Häusler stellt dazu die Frage nach den Ursachen. Diese liegen sicherlich auch in einer zu langatmigen Grundsatzdiskussion mit entsprechenden Prüfungsaufträgen in den Gremien und in einem zeitintensiven Prüfungs- und Genehmigungsverfahren seitens der

Regierung von Schwaben und der zuständigen Ministerien begründet. Eine weitere Ursache sei auch die begrenzte Leistungskapazität der Bauverwaltung. Sie stuft insbesondere alle veranschlagten Tiefbaumaßnahmen als realisierbar ein.

Die Frage sei, welche Konsequenzen man daraus zu ziehen habe, so Stv. Landrat Häusler. Die erste sei im Haushalt bereits verankert: Es gebe keine Neuansätze im Tiefbau. Die zweite könne und müsse es sein, unmittelbar nach der Haushaltsverabschiedung die jetzt beschlossenen Projekte – soweit nicht bereits geschehen – schnellstmöglich auf den Weg zu bringen und diese dann auch zeitnah zu begleiten. Dies sei nicht nur eine Frage des politischen Versprechens, sondern insbesondere auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Die Zinsen befinden sich auf einem historischen Tief, die meisten Wirtschaftssachverständigen und Banker prognostizieren gegen Ende des Jahres eine entsprechende Zinsbefestigung.

Daraufhin spricht Stv. Landrat Häusler die Schulbaumaßnahmen an. Grundsätzlich müsse gelten, dass Schüler dann unterzubringen sind, wenn sie da seien. Weiterbildung sei dann angesagt, wenn sie nachgefragt werde. Investitionen in Steine schließen nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen aus. Beides müsse sich ergänzen. Der Landkreis sei für das eine zuständig. Es nütze den heutigen Schülern auch nichts, wenn sich ab 2025 folgend der Bedarf reduziere. Die Kommunen und somit auch die Landkreise stehen heute vor gewaltigen Herausforderungen, die sie selbst nicht zu verantworten haben. Vielmehr müssen die Konsequenzen landespolitischer Entscheidungen umgesetzt und mitfinanziert werden. Stv. Landrat Häusler erklärt, er spreche von der Schulreform, deren Auswirkungen seit dem Jahr 2000 die bayerische Schullandschaft völlig umgekrempelt haben. Die Teilhauptschulen wurden reduziert, die Hauptschulen suchen im Überlebenskampf nach neuen Strategien und Verbänden. Dies bekomme man im Landkreis hautnah mit.

Bei einer Übertrittsquote von rd. 69 % mit steigender Tendenz im Landkreis Augsburg für weiterführende Schulen sei die Hauptschule mittlerweile an die dritte Rangstelle abgesackt. Die Landkreise als Schulaufwandsträger der weiterführenden Schulen seien hier in der Verantwortung. Deshalb sei es für die FW-Fraktion unabdingbar, die beiden Realschulerweiterungsmaßnahmen in Bobingen und Zusmarshausen jetzt unmittelbar in Angriff zu nehmen. Die Haushaltsansätze für Bobingen in Höhe von 1,5 Mio. € plus 915.000 € VE sowie für Zusmarshausen von 1 Mio. € plus 600.000 € VE seien dafür die notwendige Voraussetzung. Stv. Landrat Häusler weist nochmals in aller Deutlichkeit darauf hin, dass beide Maßnahmen bereits im Haushalt 2009 veranschlagt und beschlossen wurden.

Parallel dazu stehen weitere finanzträchtige Maßnahmen an, wie die energetische Sanierung der Realschule Meitingen mit Umbau der Pausenhalle mit einem Gesamtaufwand von über 9 Mio. € oder auch die größte finanzpolitische Maßnahme, die der Landkreis derzeit mit der Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn und dem Neubau einer Sporthalle zu stemmen habe (Gesamtkosten 28 Mio. €, für den Landkreis relevant: 25 Mio. €). Dies seien natürlich große Herausforderungen.

Aber auch das fünfte Landkreisgymnasium in Diedorf stehe mittlerweile unmittelbar vor der Zustimmung durch das Finanzministerium. Dies habe er jedenfalls so dem Bericht der AZ entnommen, erklärt Stv. Landrat Häusler. Seine Fraktion dränge massiv auf einen Start zum neuen Schuljahresbeginn und begrüße diesbezüglich die Bemühungen des Landrats, diesen Termin auch zu halten. Ein erster Haushaltsansatz sei nun mit 153.000 € eingesetzt, dies sei der erste Schritt zur Umsetzung.

Die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von rd. 9,25 Mio. € ermögliche dann entsprechende Auftragsvergaben, wenn nötig und umsetzbar, noch in diesem Jahr. Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hätte sicherlich das Schmuttertal-Gymnasium als Neubau direkt gegenüber dem Bahnhof präferiert. Allerdings seien Wünschenswertes und Machbares in diesem Fall nicht deckungsgleich. Hier gelte ebenso das Gebot einer verantwortungsbewussten Haushaltsführung, zunächst vorhandene Raumkapazitäten zu nutzen, soweit sie verfügbar sind und einen uneingeschränkten Schulbetrieb gewährleisten. Die Forderung der

Kreis-SPD nach einem Neubau als Nullenergiehaus ist aus Sicht von Stv. Landrat Häusler derzeit wirklichkeitsfern.

Aufgrund der vorhandenen und künftig verfügbaren Finanzressourcen müsse der Landkreis den Fokus darauf richten, möglichst viel Infrastruktur im Schulbereich und stattdessen weniger Prestigeprojekte zu schaffen. Es sei absolut richtig, dass für Königsbrunn heuer nur 6 Mio. € in den Haushalt eingesetzt werden, denn dieser Betrag müsse auch sachgerecht abgearbeitet werden. Hier müsse der Haushaltsgrundsatz der Wahrheit und Klarheit ebenfalls Pate stehen.

Das drängendste Problem im Moment überhaupt sei die Raumnot der Beruflichen Schulen Neusäß. Entsprechende Container wurden aufgestellt. Diese können aber keine Dauerlösung sein. Die heuer als Haushaltsansatz veranschlagten 400.000 € seien ein erster Schritt. Ganz wichtig und entscheidend sowie unabdingbar für das gesamte Schulzentrum Neusäß sei es, eine Gesamtschau bezüglich der Raumverfügbarkeit und der vorhandenen bzw. nutzbaren Infrastruktur vorzunehmen. Die Kardinalfrage für den Landkreis dürfte sein, ein Stück weit von den geschätzten 25 Mio. € herunterzukommen.

Zu einer zusätzlichen Fachoberschule im südlichen Landkreis merkt Stv. Landrat Häusler an, jeder wisse oder könne nachvollziehen, wie dringend notwendig diese zweite Fachoberschule wäre. Im Landkreis gebe es ca. 5.700 Realschüler. Außerdem gebe es in Bayern derzeit 37 Möglichkeiten, die mittlere Reife zu erlangen, zunehmend auch über die berufliche Ausbildung. Die Fachoberschule sei nicht nur eine schulische Alternative für Realschüler, die keinen adäquaten Ausbildungsplatz finden, sondern insbesondere auch die Durchgangspforte zur Hochschule respektive zur Uni. Darin begründet liege auch die überdimensionale Nachfrage – gekoppelt mit einem enormen Nachfrageüberhang – in der Stadt Augsburg. Auch diese Entwicklung basiere auf den Auswirkungen der bayerischen Schulreform vor gut 10 Jahren.

Stv. Landrat Häusler wirft die Frage auf, was denn dann naheliegender sei, als auf vorhandene Schulgebäude zurückzugreifen und den Schulbeginn dann aufzunehmen, wenn ausreichend Schüler diese Ausbildung nachfragen. Für die Freien Wähler sei nicht entscheidend, ob die Schule als Außenstelle von Augsburg oder als eigenständige Schule in der Trägerschaft des Landkreises geführt werde. Entscheidend sei das Angebot der Standortkommune, ein funktionsfähiges und bedarfsgerechtes Schulgebäude zur Verfügung zu stellen, um eine Neubauinvestition in absehbarer Zeit auszuschließen. An Kreisrat Liebert gewandt erklärt Stv. Landrat Häusler, damit sei klar, auf welchem Wege sich eine neue Fachoberschule im Investitionsprogramm des Landkreises einreihen könne.

An Kreisrat Buhl von der FDP gerichtet merkt Stv. Landrat Häusler an, dass sich diesem in der Folge seiner Wahlerfolge ein bisschen der Zeithorizont verschoben habe. Im Jahr 2008 habe es nach seiner Kenntnislage noch keine FDP-Fraktion gegeben, die eine Machbarkeitsstudie hätte anregen können. Außerdem hätte sich Kreisrat Buhl mindestens zweimal für eine Fachoberschule im Süden, dem Pressbericht zufolge in Bobingen, im zuständigen Schul- und Kulturausschuss stark gemacht. Nachdem sich die Mitglieder der FW in diesem Ausschuss nicht daran erinnern konnten, habe er sich die Mühe gemacht, diese Protokolle nachzulesen, so Stv. Landrat Häusler weiter. Demnach hätte die Protokollführerin die Anregungen von Kreisrat Buhl jeweils unterschlagen. Daraus sei zu folgern, dass es manchmal besser sei, seinen Senf nicht überall dazu zu geben.

Für die Freien Wähler sei das Thema Wirtschaftsförderung von zentraler Bedeutung. Wer den Haushalt ausreichend begleite, konnte in den letzten Jahren feststellen, dass die Umlagekraft im Landkreis im überregionalen Vergleich eher abgenommen oder stagniert habe. Dies sei auch heuer wieder der Fall. Es gebe im Landkreis unveränderte Verhältnisse mit einem Plus von 0,1 %, während in Schwaben ein Plus von 1,14 % und in Bayern ein Plus von 2,13 % zu verzeichnen sei.

Der Landkreis müsse also bei der Wirtschaftsförderung nachlegen. Im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften habe sich der Landkreis bisher sowohl finanziell als auch personell betont zurückgehalten. Die Freien Wähler besuchten im Herbst den Landkreis Soest in Westfalen. Dort traf man ein sehr professionelles Standortmanagement mit einem äußerst versierten Geschäftsführer an, der dort direkt der Landrätin unterstellt sei. Im Vordergrund stehe im Landkreis Soest eine sehr intensive Bestandspflege, die viele Netzwerke bündelt und durch eine nachhaltige Imagekampagne auch viele neue Unternehmen in den Landkreis bringt. Dort wurde auch das gemeinsame Projekt A³ des Landkreises mit der Stadt Augsburg und dem Landkreis Aichach-Friedberg sehr positiv und als marktrelevant bewertet. Auf diese Erfahrung aufbauend habe Herr Lennard von Exper Consult empfohlen, die Manpower massiv aufzustocken. Eine Stelle werde nun im Haushalt freigegeben, die andere sei noch mit Sperrvermerk versehen.

Die FW-Fraktion habe sich auch für die 100.000 € auf der Zusatzliste entschieden, wobei Wert darauf gelegt werde, sich nicht zu sehr auf eine Parallelförderung wie mit AIP oder der Arbeitsagentur zu konzentrieren und festzulegen. Das 5-Punkte-Programm, das Herr Gerhardt im Kreisausschuss vorgestellt habe, könne nicht die zentrale Botschaft, sondern nur ein Einstieg sein.

Von größerer wirtschaftlicher Relevanz für den gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum sei die Bereitschaft, für die neue Messehalle zusätzlich 496.000 € nachzufinanzieren. Der Messestandort Augsburg müsse zukunftsfähig ausgebaut sein, um große Leitmessen zu halten, aber insbesondere auch neue Messen zu akquirieren. Die Hoffnungen der Freien Wähler stützen sich dabei auch auf den neuen Messechef, Herrn Reiter. Viele mittelständische Unternehmen im Landkreis Augsburg profitieren von diesem Schaufenster der regionalen Wirtschaft. Stv. Landrat Häusler verweist ebenfalls auf die Umwegrentabilität für die mittelständischen Betriebe und die Gastronomie im Landkreis Augsburg.

Eine Anmerkung könne er sich jedoch nicht ersparen. In der letzten Woche erklärte ihm das Mitglied des Landtags, Johannes Hintersberger, sehr nachdrücklich, bestimmt und beinahe schon aggressiv, dass von den 8 Mio. € staatlicher Förderung nie die Rede gewesen sei. Der Kenntnisstand des Landkreises sei hier ein ganz anderer. Dies habe man in allen Sitzungen und in den Protokollen auch entsprechend verankert. Die Haltung der Stadt Augsburg in dieser Frage – diese beinhalte auch die Gesamtkostenmehrung um rd. 2 Mio. € - bedürfe wirklich einer kritischen Beurteilung. Trotzdem stehe man in der gemeinsamen Verantwortung für den gesamten Wirtschaftsraum Augsburg.

Auch der ÖPNV sei ein ganz wesentlicher Faktor einer kommunalen Wirtschaftsförderung. Die dritten Gleise und die Vertaktung wurden ausreichend angesprochen, seien aber nach dem Besuch von Minister Zeil nach Einschätzung der Freien Wähler in weite Ferne gerückt. Für die FW-Fraktion sei die Erschließung des flachen Landes mit besseren Busverbindungen in der Fläche eine zentrale Grundsatzfrage, die in der Konsequenz auch dazu diene, eine bessere Zubringerfunktion für den schienengebundenen Verkehr zu erfüllen.

Stv. Landrat Häusler spricht ebenfalls das 400.000 €-Sonderprogramm des Landkreises an. Hier werden insgesamt 600.000 € kommunale Mittel generiert. Das Programm entlaste auch den AVV von vielen zentralen Aufgaben. Hierzu erinnert Stv. Landrat Häusler beispielsweise an die Nachtbuslinien oder den stadtnahen Verkehr. Man müsse jetzt ganz besonders darauf achten und Wert darauf legen, entsprechende Linien schnellstmöglich direkt ins AVV-Bedienungskonzept zu übernehmen, um somit weiteren Freiraum für zusätzliche Verbesserungen in der Fläche zu generieren.

Als letzten Schwerpunkt seiner Haushaltsbeurteilung nennt Stv. Landrat Häusler schließlich die Daseinsfürsorge. Die Umstrukturierung der Krankenhäuser zu Kommunalunternehmen trage jetzt reichliche Früchte. Die Wertachkliniken können heuer ihre Betriebskosten selbst decken und sogar noch einen kleinen Beitrag für die Investitionen in den jeweils dritten Bauabschnitten leisten. Der Dank gelte hier ganz besonders dem Vorstand, Frau Bittner, aber auch dem gesamten Verwaltungsrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort.

Auch die Defizitentwicklung im Klinikum Augsburg zeige sich äußerst positiv. Diese Entwicklung deute sich bereits seit zwei Jahren deutlich an. An dieser Stelle möchte Stv. Landrat Häuser auch den ausdrücklichen Dank der Freien Wähler gegenüber dem bisherigen Vorstand, Anselm Berger, aussprechen, der sich leidenschaftlich aufopfernd für dieses Haus mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingesetzt habe. Ihm gebühre große Anerkennung. Aber der Investitionsstau belaste auch künftig in erheblichen Umfang die kommunalen Haushalte. Hier sei nach wie vor aufgrund der dualen Krankenhausfinanzierung der Freistaat Bayern am Zug. Es wäre seriöser, wenn der Ministerpräsident anstelle plakativer Versprechungen, die ihm ohnehin fast keiner mehr glaube, diesen Investitionsstau auflösen und das Haus finanziell auf eine vergleichbare Grundlage mit den fünf bisherigen Universitätskliniken stellen würde. Dieses erbringe universitätsgleiche Leistungen. Ganz im Gegenteil werden im Notaufnahmebereich sogar noch deren Aufgaben im weiteren Sinne übernommen.

In der abschließenden Betrachtung zum Haushalt wolle die FW-Fraktion aber auch ihrem Grundsatz treu bleiben, neue freiwillige Leistungen nur dann aufzunehmen, wenn eine absolut zwingende Notwendigkeit zugrunde liege. Dies betreffe in diesem Fall die Gründung und Finanzierung einer Freiwilligenagentur. Aus Sicht der Freien Wähler sei die Institutionalisierung von sozialen, caritativen und nachbarschaftlichen Hilfeleistungen ein Parallelprogramm bereits bestehender sozialer und caritativer Einrichtungen sowie der vielfältigen ehrenamtlichen Vereinsarbeit bzw. der funktionierenden Nachbarschaften in den Dorfgemeinschaften. In den größeren Orten und Städten gebe es schon solche Einrichtungen. Einmal geschaffene Institutionen seien zudem langlebig und zunehmend kostenintensiv. Die dort Verantwortlichen werden immer versuchen, den Selbstzweck auch zu begründen.

Der Landkreis sollte sich auf seine Pflichtaufgaben konzentrieren. Allein im Schulbereich spreche man – je nach Umfang – von mittelfristigen Investitionen in Höhe von insgesamt 70 – 100 Mio. €. Dafür wurde bereits im letzten Haushaltsjahr der so genannte Bildungspunkt zur Kreisumlagerenerhöhung in Anspruch genommen. Heuer komme der Haushalt nun mithilfe einer reduzierten und hoffentlich zu hoch angesetzten Grundsicherung in Höhe von 14 Mio. € und einer Reduzierung des Ansatzes in der Schülerbeförderung zum Ausgleich. Jeder wisse, dass die ehrgeizigen Investitionsvorhaben dem Landkreis in den Folgejahren wohl noch eine wesentlich restriktivere Haushaltspolitik, eine drohende Umlagerenerhöhung und eine weitere Neuverschuldung abverlangen werden. Dabei seien die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise unberücksichtigt und mit den entsprechenden Reduzierungen der freien Finanzmasse in den nächsten Haushaltsjahren sowie den entsprechenden Auswirkungen im sozialen Bereich verbunden.

Abschließend dankt Stv. Landrat Häusler namens seiner Fraktion ganz herzlich Landrat Sailer für die konstruktive und auch ergebnisoffene Leitung und Begleitung der Haushaltsberatungen. Ferner dankt er Herrn Seitz als Kämmerer, der den Fraktionen immer zur Verfügung stand, in einzelnen Punkten sehr kompetent war und den Fraktionen sehr viele Detailinformationen zukommen ließ. Seinen Dank richtet er außerdem an die Verwaltung mit Herrn Püschel an der Spitze, an alle Bediensteten des Landkreises sowie in den Töchtern, an die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, insbesondere an die Mitglieder in den Fachausschüssen, die in akribischer Kleinarbeit Vieles auf den Weg gebracht und sich entsprechend eingebracht haben. Insbesondere bedankt sich Stv. Landrat bei seinen Fraktionsmitgliedern für das gute Miteinander und den Konsens.

Zum Schluss erteilt er die Zustimmung seiner Fraktion zum Kreishaushalt 2010 sowie zur Haushaltssatzung.

Kreisrätin Jung bedankt sich ebenfalls bei Herrn Seitz sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die Vorbereitung des Haushalts 2010. Sie bedankt sich auch dafür, dass sich Herr Seitz Zeit genommen habe, in ihre Fraktion zu kommen. Die Unterla-

gen waren wie gewohnt übersichtlich, gut gegliedert und wurden immer rechtzeitig zu den Beratungen fortgeschrieben.

Entscheidende Ereignisse hätten den Landkreis vor allem in den letzten Monaten ereilt. Eines dieser Ereignisse sei die Bankenkrise gewesen, die sich in rasender Geschwindigkeit zu einer Weltwirtschaftskrise ausgeweitet habe. Die dafür von der Bundesregierung zugesagten und zur Verfügung gestellten Bürgschaften würden wie so häufig von oben nach unten umverteilt. Die „Normalbürgerinnen und -bürger“ dürften diese Suppe auslöffeln, während diejenigen, die das Desaster verursacht haben, ungeschoren davonkommen. Deren Forderungen nach neuen Boni-Zahlungen seien dabei an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Von Kreisrat Liebert wurde dies als Casino-Mentalität bezeichnet.

Diese finanziellen Verpflichtungen inklusive der Gesetzesänderungen auf Bundesebene belasten die öffentlichen Haushalte. Somit verändern sich in Folge die haushaltsrelevanten Möglichkeiten der Kommunen und der Landkreise. Die Steuerschätzung im November 2009 prognostizierte für die Gemeinden Bayerns einen Rückgang der Steuereinnahmen für 2009 um 1,4 Mrd. € und im kommenden Jahr, also 2010, nochmals einen Rückgang um weitere 4,3 %.

Weniger Steuereinnahmen bedeuten weniger Handlungsspielraum und Gestaltungsmöglichkeiten. Der Landkreis müsse froh sein, wenn er seinen Bestand erhalten und verwalten könne. Der Präsident des Bayer. Gemeindetages, Herr Dr. Brandl, kritisierte in einer Presserklärung zu diesem Thema, dass die neue Bundesregierung als Wohltäter Steuergeschenke verteile, die Länder mit Zusatzmilliarden bei der Bildung ruhig gestellt und die Kommunen zum Buhmann abgestempelt werden, weil sie als Letzter in der Kette ihren Bürgerinnen und Bürgern das Geld wieder aus der Tasche ziehen müssen. Weiter habe er die Situation kürzlich so beschrieben: „Die Krise ist kommunal noch nicht vollständig angekommen. Jenseits der wirtschaftlichen Auswirkungen stellen wir aktuell fest, dass die soziale Schere sich weiter öffnet. Das Auslaufen der Kurzarbeit und damit die Überleitung in drohende Arbeitslosigkeit lassen einen sprunghaften Anstieg der Sozialkosten befürchten und immer mehr Menschen benötigen aufgrund ihrer Behinderung Eingliederungshilfe. Niedriglöhne, Altersarmut, der demografische Wandel, all dies sind Entwicklungen mit ungeahnter Sprengkraft für die kommunalen Haushalte.“

Was die Krise betrifft, so meint Kreisrätin Jung an Kreisrat Liebert gewandt, diese habe den Landkreis noch nicht voll erreicht. Dies bestätigen diese Aussagen eigentlich. Angesichts dieser Aussagen sei es – trotz vieler positiver Ansätze – schwer, den wirtschaftsbelebenden Steuergeschenken wie den Konjunkturpaketen I und II uneingeschränkt die Zeugnisnote gut auszustellen. Mit dem Blick auf die Generationengerechtigkeit seien Steuergeschenke auf dem Rücken der Kommunen schwer zu verantworten.

Um die kommunalen Haushaltskassen in diesem Jahr noch zu schonen und unter Zugrundelegung der o. g. Ausführungen sei es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein großes Anliegen gewesen,

1. möglichst ohne Anheben der Kreisumlage einen ausgeglichenen Kreishaushalt zu erreichen und
2. vor der Bildung eines Neuansatzes die Haushaltsreste zu verwenden.

Nach intensiven Beratungen in den Ausschüssen konnte der im Oktober letzten Jahres festgestellte ungedeckte Bedarf mit 2.999.400 € auf jetzt 149.200 € reduziert werden. Dies bedeute eine Einsparung von knapp 3 Mio. € bei gleich bleibender Kreisumlage. Addiere man dazu noch die Anhebung der Bezirksumlage um einen Punkt (1.842.997 €), so seien dies letztendlich Einsparungen von 4.693.197 €. So betrachtet sei dies ein gewaltiger Kraftakt. Die Ausgabensteigerungen konnten jedoch nur durch die anhaltend gute Umlagekraft und durch den Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen ausgeglichen werden. Hinzu kommen die Einsparungen der Ansätze durch die Haushaltsreste.

Die begonnenen und anstehenden Schulsanierungen werden von der Fraktion der Grünen ausdrücklich begrüßt, so Kreisrätin Jung. In der Vergangenheit habe ihre Fraktion immer wieder diese Maßnahmen gefordert, vor allem die energetischen Sanierungen seien Investitionen in die Zukunft. Die Sanierung des Gymnasiums Königsbrunn nach Passivhausstandard und die Sanierung der Realschule Meitingen seien Leuchtturmprojekte, mit denen der Landkreis eine Vorbildfunktion einnehme. Die EU gebe mit der Gebäuderichtlinie den Standard vor und der Landkreis könne mit Modellförderungen zu günstigen Konditionen kommen, so z. B. mit 1,3 % Zins. Hier und so könne der Landkreis punkten.

Sicher wurde die Entscheidung bei der Realschule Meitingen durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung erleichtert. Aber für diese Schule wäre eine Sanierung sowieso fällig gewesen.

Dies seien Beispiele für zukunftsfähige und nachhaltige Projekte in vielfacher Hinsicht. Diese schaffen Modernisierungsmaßnahmen und sichern regionale Arbeitsplätze im Baugewerbe und im Handwerk. Die Energiekosten lassen sich deutlich reduzieren. Dies wiederum wirke sich unmittelbar auf die Betriebskosten aus. Das Klima werde bei gleichzeitiger CO₂-Einsparung geschont.

Kreisrätin Jung hofft daher, dass der Landkreis diesen eingeschlagenen Weg auch in Zukunft weiter geht und konsequent nach und nach alle landkreiseigenen Gebäude ähnlich wie hier energetisch sanieren und auf den neuesten Stand bringen werde.

Viele Baustellen seien aber auch noch offen. Auf der Prioritätenliste der Grünen ganz oben stehen die Beruflichen Schulen in Neusäß. Die unzumutbare Raumnot mache einen sinnvollen Unterricht immer schwieriger. Die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte stehen deswegen häufig an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Darum müsse der Landkreis in die Gänge kommen und endlich ausschreiben, damit gebaut werden könne. Die beste Lösung wäre in den Augen der Grünen inzwischen ein Neubau. Weitere Verzögerungen seien unerträglich.

Die Entwicklung zum neuen Gymnasium in Diedorf gleiche ebenfalls einem Schneckenrennen. Es fehle eine Debatte um das Profil dieser Schule. Schon bei der Standortdiskussion wurde von den Grünen vorgeschlagen, für dieses Gymnasium ein eigenes Profil zu entwickeln. Dadurch könnten der Standort und die Schule eine Stärkung erfahren. Wenn aber wieder eine mathematisch-naturwissenschaftliche Ausrichtung komme, dann wäre diese eine Konkurrenz zu Neusäß und nach Ansicht der Grünen der absolut falsche Weg.

Wenn man aus den unterschiedlichsten Pressemeldungen die verschiedenen Standpunkte der Parteien und den Ruf nach einer neuen FOS im südlichen Landkreis lese, dann müsse aber vorher geklärt sein, wie das Raumkonzept dazu aussehen soll. Denn, wie auch bereits von anderen gesagt, der Baustellen seien viele offen, es komme auf die Dringlichkeit an.

Ferner wird von Kreisrätin Jung die Einstellung einer Klimaschutzbeauftragten begrüßt. Die Anforderungen der Grünen an diese Stelle habe man Herrn Landrat Sailer mitgeteilt. Diese fanden sich auch in der Stellenausschreibung wieder. Diese positiven Signale ersetzen jedoch nicht das Tun. Die Erwartungen ihrer Fraktion an die neue Klimaschutzbeauftragte seien groß, dies könne sie nicht verhehlen, erklärt Kreisrätin Jung. Ihre Fraktion müsse und werde darauf achten, dass hier auch etwas passiere. Man sei gespannt auf die Ideen und Konzepte, die dem Landkreis ein noch stärkeres Profil in Sachen Klimaschutz geben. An Kreisrat Liebert gewandt erklärt Kreisrätin Jung, wenn es nicht nur Worthülsen seien, dann könne es mit vernünftigem Denken und nachhaltigem Handeln wirklich auch etwas werden.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sei ein intakter Nahverkehr. Um diesen zu verbessern, habe sich der Kreistag im vergangenen Jahr im Rahmen einer interessanten Informationsfahrt in die Südpfalz nach Neustadt Anregungen geholt. Anschauen und sich

informieren allein sei aber zu wenig, der Landkreis müsse auch Taten der Umsetzung folgen lassen. Ansonsten machen solche Fahrten keinen Sinn.

Auf der Strecke Augsburg-Ulm zwischen Augsburg und Gessertshausen sowie zwischen Augsburg und Meitingen werde dringend das dritte Bahngleis inklusive Lärmschutz benötigt. Statt endlich das Steuer in die Hand zu nehmen, habe Staatsminister Zeil den Ball wieder übers Netz zurück nach Berlin gespielt. Sein Besuch im Kreistag habe den Landkreis nicht wirklich weiter gebracht. Dies hätten bis auf den Wirtschaftsminister und sein Ministerium inzwischen auch alle verstanden. Das Ping-Pong-Spiel der Zuständigkeiten, der Finanzierung zwischen Bund und Land, gehe wieder von vorne los.

Seit mehr als 20 – 25 Jahren kämpfen die Staudengemeinden und das Aktionsbündnis, hier allen voran der Kollege Joachim Schoner aus den Stauden, zuerst für den Erhalt und seit 1996 für die Reaktivierung der Staudenbahn. Die Gemeinden hätten die Strecke übernommen. Das zurzeit laufende Gutachten diesbezüglich – es sei das 6. oder 7. Gutachten in dieser Sache – solle im September vorliegen. Auf das Ergebnis sei man gespannt. Die Grünen denken, es wäre sehr wichtig, noch mehr Druck von Seiten des Landkreises aufzubauen.

Vielleicht helfe es gleichzeitig, den Kontakt zu Herrn Ramsauer zu suchen. Die Abgeordnete der Grünen im Bayer. Landtag, Christine Kamm, habe ihn bereits schriftlich um Unterstützung gebeten. Der Landkreis sollte dem Bundesverkehrsminister gegenüber seine Geschlossenheit zeigen. Vielleicht könne man ihn überzeugen, dass für die Arbeits- und Wirtschaftsräume Augsburg-Stadt, Augsburg-Land und Aichach-Friedberg ein getakteter Nahverkehr ein deutliches Mehr an umweltfreundlicher, schneller und flexibler Mobilität bedeute und dies helfe, um den schwäbischen, ländlichen Raum wieder zu stärken.

Kreisrätin Jung erklärt, ihre Fraktion wundere sich darüber, dass nichts passiere, obwohl die CDU/CSU im Bund, im Land und im Landkreis die Mehrheit haben und den Verkehrsminister, der aus Bayern kommt, stelle.

Der Landkreis stehe geschlossen hinter den Reaktivierungsforderungen. Man zeige guten Willen und sei bereit, die Vorfinanzierung für die Planungskosten zu übernehmen und habe auch sonst alles eingefädelt. Kreisrätin Jung stellt deshalb die Frage, warum hier nichts vorwärts gehe. Es müsse endlich die leidige Diskussion um das Huhn und um das Ei ein Ende haben. Kreisrätin Jung hofft, dass der Landkreis mit der Arbeitsgruppe, für die man sich im letzten Monat entschieden habe, einen Schritt weiter komme. Die Hoffnung sterbe schließlich zuletzt.

Zum AVV merkt Kreisrätin Jung an, dass soeben die Zuschussvereinbarung neu beschlossen wurde. Dies sei auch richtig so gewesen. Insgesamt sei der AVV aber die Zentralorganisation für den regionalen Nahverkehr. Als Zentralorgan sollte dieser aber auch als solches sichtbar sein. Betrachte man sich den Busverkehr, dann erkenne man Reisebusse mit unterschiedlichen Aufschriften oder man könne in der Frontscheibe das Schild „RBA“ erkennen. Man könne aber kaum den Bus des AVV hierin erkennen. Früher sei klar gewesen, dass die roten Busse die AVV-Busse waren. Kreisrätin Jung betont, anderenorts gebe es so etwas nicht. Die Stadtwerke Augsburg hätten ebenso ein einheitliches Erscheinungsbild wie auch die Stadtwerke München. Der Einfluss müsse stärker sichtbar sein. Alles zusammen betrachtet sei die Tochter AVV-GmbH reformbedürftig. Darüber sollte man sich auch zukünftig nochmals Gedanken machen.

Zum Messestandort Augsburg und zu den Messen übt Kreisrätin Jung Kritik an der Debatte um den Messezususschuss und damit am so genannten Kompensationsgeschäft AVV-Defizitvereinbarung/Zuschuss für Messehalle. Kritisiert werde auch, dass es keine Photovoltaikanlage auf dem Hallendach gebe und keine ökologische Bauweise. Angesichts der größten Messe für regenerative Energien, die auf diesem Areal stattfindet, sei dies ein Armutszeugnis. In Sachen zukunftsweisendes Bauen brauche die Stadt Augsburg offensichtlich noch Nachhilfe.

Mit der Zusage des Messezususschusses an die Stadt Augsburg entlasse der Landkreis gleichzeitig die Staatsregierung aus der Verantwortung. Dies habe man heute von allen Fraktionen eigentlich auch so gehört. Die neuen Hallen seien jedoch notwendig, um große Messen nicht

zu verlieren und den Standort Augsburg als Messestandort zu stärken. Dem Messezususschuss in Höhe von 495.700 € stimme die Fraktion der Grünen daher zu. Dem Antrag der FDP und ödp werde ebenfalls zugestimmt, dies ändere im Endeffekt nichts an der Abstimmung und am Gesamtbild.

Die Ausgaben der Jugendhilfe hätten in den vergangenen Haushaltsberatungen oftmals heiße Debatten ausgelöst, so seien z. B die Kosten der Heimunterbringung vor etwa 3, 4 oder 5 Jahren Thema gewesen. Diese Debatten seien Gott sei Dank vorbei. Inzwischen sei man parteiübergreifend zur Einsicht gekommen, dass sich Präventionsmaßnahmen sozialpolitisch auszahlen. Die immer älter werdende Gesellschaft könne auf junge Menschen nicht verzichten, und junge Menschen brauchen Perspektiven. Perspektivlosigkeit führe zu Frust und Unzufriedenheit und schaffe Gewaltbereitschaft. Dem möglichst früh entgegenzuwirken, diene die Schul- bzw. die Jugendsozialarbeit. Sie sei inzwischen nicht mehr wegzudenken. Es wäre wünschenswert, wenn das Ministerium hier endlich in die Gänge kommen und ein Förderprojekt auflegen würde. Eine gesonderte Prüfung für den Landkreis, weil dieser sich schon im Vorfeld entsprechend engagiert habe, bezeichnet Kreisrätin Jung als eine Frechheit.

Um rechtzeitig reagieren zu können, wurde im Jugendhilfeausschuss die Erhöhung für Jugendsozialarbeit von 355.000 € auf 385.000 € ohne Diskussion angenommen. Dies sei gut so. Was an dieser Stelle auch lobend erwähnt werden soll, sei die Einrichtung der Koordinierenden Kinderschutzstellen, kurz KoKis genannt. Diese stellen eine Ergänzung im Angebot des Amtes für Jugend und Familie dar und seien ein weiterer Baustein der Vernetzung und Präventionsarbeit.

Die Grünen sprechen sich auch für eine flächendeckende Einrichtung der Familienbüros aus. Damit könne schnell, unbürokratisch und vor allem ortsnahe geholfen werden.

Dass über den Hilfeverbund auch der Verein Wildwasser mit einer Zuschussaufstockung rechnen könne, sei erfreulich.

Nach den Berichten der ARGE Augsburg-Land im vergangenen Halbjahr zeichne sich ein Anstieg der Bedarfsgemeinschaften ab. Stetig steigende Kosten für Unterkunft, Umzug und Erstausrüstung seien die Folge. Um vorzubauen, hatte daher die Verwaltung in vorausschauender Weise bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende den Ansatz um 30 % erhöht. Um nun einen deckungsfähigen Haushalt hinzubekommen, wurde auf Anregung der CSU kurzerhand der Erhöhungsansatz auf ca. 12 % reduziert. Somit stehen für die Grundsicherung von ALG II-Bezieherinnen keine 16 Mio. € mehr, sondern nur noch 14 Mio. € zur Verfügung. Nur, eines müsse klar sein: Wenn die 14 Mio. € nicht ausreichen und durch das Auslaufen des Kurzarbeitergeldes beispielweise die Zahl der Betroffenen steige, dann gebe es noch einmal einen sprunghaften Anstieg der Sozialkosten. Diese habe der Landkreis zu tragen, egal welche Summe unter dieser Position im Haushalt stehe. Vielleicht habe man aber auch Glück und die Auswirkungen der Krise treffen den Landkreis nicht so hart, wie von Dr. Brandl befürchtet und wie zu Beginn ihrer Rede ausgeführt, so Kreisrätin Jung.

Anschließend erklärt Kreisrätin Jung, sie verzichte an dieser Stelle auf weitere Ausführungen zum Klinikum, zu den Wertachkliniken oder zur Wirtschaftsförderung. Hierzu hätten ihre Vorredner schon Stellung genommen.

Sie erklärt weiter, die Haushaltsberatungen seien sehr zügig und sachbezogen verlaufen. Dies sei sicher auch zu einem Großteil der guten Vorarbeit durch die Kämmererei geschuldet. Auch Kreisrätin Jung dankt allen Geschäftsführern und Zweckverbandsvorsitzenden, allen Kollegen im Kreistag, den Fraktionsvorsitzenden und vor allem den Kolleginnen und Kollegen ihrer Fraktion. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Haushaltsplan 2010, dem Stellenplan und dem Finanzplan bis 2013 zu.

Von **Kreisrat Buhl** wird ausgeführt, ihm liege der gleiche Haushalt vor, so dass er sich viele Dinge ersparen könne, die mittlerweile schon gesagt wurden. Er erspare sich im Wesentlichen das Zahlenwerk; hier könne er auf die Vorredner verweisen.

Diese hätten die ersten vier Gänge des Menüs aufgetischt. Seine Fraktion habe nun die dankbare Aufgabe, den Nachtisch zu präsentieren, der ein gelungenes Essen eigentlich vollständige und in Erinnerung bleibe.

Der Landkreis habe einen ausgeglichenen Haushalt trotz riesiger Investitionen, die aber von allen Fraktionen so gewollt waren und auch mitgetragen wurden. Dies sei heute die beste Botschaft neben der Beibehaltung der Kreisumlage in der letztjährigen Höhe.

Dass dem so ist, sei auch der engagierten und guten Arbeit der Beschäftigten des Landratsamtes wie auch der Landkreis-Töchter zu verdanken. Dafür dankt Kreisrat Buhl an dieser Stelle namens der FDP/ödp-Fraktion; sie alle seien das wichtigste Kapital.

Seine Fraktion stelle fest, dass den Versprechungen aller Parteien vor der Wahl, vor allem in die Bildung zu investieren, deutliche Zeichen gefolgt seien. Dies sei nicht immer so gewesen, wie die jetzt notwendigen Anstrengungen deutlich beweisen.

Dem Landrat sei es gelungen, alle politischen Kräfte gestaltend und konstruktiv kritisch einzubinden. Dieses Zusammenwirken mache den Landkreis stark für die Herausforderungen der Zukunft und bündle die Kräfte optimal. Ausnahmen bestätigen die Regel, darauf komme er noch zurück, so Kreisrat Buhl.

Wenn der Kreistag heute einen soliden Haushalt auf den Weg bringe, dürfe man aber schon an dieser Stelle über den Tag hinaus schauen. Kollege Liebert habe dies deutlich ange mahnt. Der Landkreis werde in diesem Jahr bei all seinen Entscheidungen für die Zukunft Mut brauchen, sich auf das Machbare, Notwendige und Verantwortbare zu konzentrieren. Man werde gefordert sein, Wünschenswertes und Liebgewonnenes unvoreingenommen auf den Prüfstand zu stellen und abzuwägen, welchen Ausgaben man dann tatsächlich auch nähertrete.

Kreisrat Buhl merkt an, er wisse aus seiner langjährigen politischen Tätigkeit, dass knappe Kassen auch die Chancen beinhalten, alte Strukturen zu verlassen und Neuausrichtungen anzugehen. Der Landkreis müsse seine Grenzen neu abstecken und die Effizienz und Bezahlbarkeit seiner Wünsche neu definieren.

Im Haushalt 2010 seien erste Ansätze dazu schon erkennbar. Die Diskussionen werden aber sicher künftig in den Ausschüssen etwas verbissener werden. Kreisrat Buhl appelliert in diesem Zusammenhang an den Kreistag, diese dennoch mit der notwendigen Diskussionskultur – nicht wie heute Kollege Häusler – weiterzuführen, und zwar unter Beachtung der Wertmaßstäbe für den Landkreis.

Wenn der Landkreis auf Dauer leistungsfähig bleiben wolle, müsse er die Bildungspolitik, dies sei die bestmögliche Sozialpolitik, weiterbauen, wie jetzt bereits massiv begonnen. Die Prioritätenliste müsse abgearbeitet werden, darin seien sich alle Fraktionen bislang einig gewesen.

Trotz allem Verständnis für immer wieder neu auftauchende Probleme oder bessere Herausforderungen müsse man der Versuchung widerstehen, immer wieder in die gemeinsam erarbeitete Vorrangliste neue Punkte einzufügen. Damit wirke der Landkreis nach außen nicht glaubhaft und man würde sich ansonsten auch verzetteln.

Die Entscheidungsträger sollten sich vielmehr regelmäßig zusammensetzen und abklopfen, welche Maßnahmen der Landkreis und vor allem die umlagezahlenden Gemeinden verkraften können. Mit neuen Steuerungsmodellen sollte es im Verbund mit der Verwaltung gelingen, den Landkreis durch schwieriges Fahrwasser zu lotsen.

Die FDP/ödp-Fraktion hatte von Anfang an folgende Schwerpunkte: Investition für Bildung, Optimierung der Schülerbeförderung - darauf möchte Kreisrat Buhl noch einmal separat zurückkommen – sowie konkrete, nachhaltige Wirtschaftsförderung. Kreisrat Buhl hofft, dass durch die Gründung der Regio Wirtschaft GmbH ein Befreiungsschlag gelungen sei. In einem Jahr werde man weiter sehen. Bei der Bestellung des neuen Geschäftsführers wurden dazu bereits entsprechende Anmerkungen gemacht.

Weiter war für FDP und ödp die Umweltberatung wichtig. Daher habe man auch der Einstellung einer Umweltberaterin zugestimmt. Es bleibe zu hoffen, dass von dort aus auch in die Fläche Impulse zu ökologischen anderen Bauten gehen. Kreisrat Buhl betont, seine Fraktion wisse, von was sie rede, sei doch der Kollege Robert Wittmann auf diesem Sektor ein anerkannter Fachmann. Es sei schön, wenn Theorie und Praxis vereint in einer Hand liegen. Dies sei die Stärke der FDP/ödp-Fraktion.

Beim AVV stehen neue Weichenstellungen an. Kreisrat Buhl dankt an dieser Stelle dem scheidenden Geschäftsführer Helmut Hofmann für seinen Einsatz. Man wisse auch, dass innovative Ideen von ihm durch die Gesellschafter (Zitat LR Dr. Voegelé: "Die Ausgaben werden gedeckelt.") oft auf der Strecke geblieben seien, weshalb man jetzt die Hoffnung neu knüpfen dürfe, dass durch eine neue Geschäftsführung der ÖPNV wieder stärker an die Bedürfnisse der Benutzer angepasst werde. Hier habe man die Infrastruktur zu sehr unter dem Dogma der Finanzierung zurückgefahren. Kreisrat Buhl bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich beim Landrat, dass die letzte Informationsfahrt des Kreistages auf Vorschlag seiner Fraktion hin in die Pfalz zur Information über deren ÖPNV Systeme stattgefunden und man von dort sehr positive Eindrücke mitgenommen habe.

Die Tarife im ÖPNV zogen um 4,5 % an; die Leistungen wurden aber nicht verbessert, um nicht zu sagen: erneut verschlechtert. Die Brechung der Busse ab der Bahn (Tram) spülen der Stadt Augsburg laut Pressemitteilung mindestens 1 Mio. € pro Jahr mehr in die Kasse. Kreisrat Buhl stellt die Frage, wo dabei der Ausgleich für die weiteren Gesellschafter sei. Man werde nur an den Tisch geholt, wenn es um die Verteilung der Ausgaben gehe.

Im Haushalt sei ein gewichtiger Faktor hinsichtlich der Kreisumlage der Anteil der Bezirksumlage. Auch hier konnte die FDP/ödp-Fraktion durch konstruktive Mitarbeit erreichen, dass der Landkreis aufgrund des nur leicht angepassten Hebesatzes, dessen Erhöhung im Übrigen der Freistaat durch zu geringe Finanzausstattung zu vertreten habe, nicht über Gebühr belastet werde.

An dieser Stelle dankt Kreisrat Buhl im Namen aller auch dem Bezirkskämmerer, Heinz Liebert, der immer den Finger in die möglichen finanzpolitischen Wunden lege. Darauf lege er als Kreis- und Bezirksrat besonderen Wert. Hier funktioniere nämlich noch die vielbeschwo-rene kommunale Familie.

Auch im Landkreis werde eine von innen kommende Aufbruchsstimmung benötigt, um Mut zu machen und die Menschen mitzunehmen. Mit dem wichtigen Signal, die Kreisumlage stabil zu halten, sei dies schon in einem wichtigen Bereich gelungen.

Sorgenkind sei nach den Haushaltsansätzen weiter das Klinikum Augsburg. Der Landkreis sei bei den Ansätzen nur noch verschont, weil die marode Stadt Augsburg die erforderlichen Leistungen für ein Klinikum der Maximalversorgung nicht ausreichend erbringen könne und dadurch der Landkreis in seiner Beteiligung noch mit einem blauen Auge davon komme. Eine Beruhigung in die Zukunft sei dies nicht. Dies rechne sich genauso wenig wie ein unterlassener Bauunterhalt. Wenn man sage, man habe kein Geld für die Farbe der Fenster, dann brauche man sich nicht wundern, wenn diese später ganz ausgewechselt werden müssen. Zunächst baue man auf den neuen Vorstand, der den Trägern lieb und vielleicht auch teuer sei und der aus den roten Zahlen führen soll. Hoffentlich gehe die Gleichung auf; FDP und ödp seien im zuständigen Gremium nicht vertreten und so auf die Entscheidungen dort angewiesen. Kreisrat Buhl wünscht deshalb allen Beteiligten dort eine glückliche Hand.

An dieser Stelle wolle er gleich beantragen, dass aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre in allen adäquaten Bereichen der Politik die Vernetzungen und Verflechtungen transparenter gemacht werden, als dies bisher der Fall sei. Dies solle heißen, die Geschäftsberichte und deren Ausrichtungen müssen vor den jeweiligen Beschlussfassungen in den Zirkeln dort auch im Kreistag oder in den Ausschüssen öffentlich diskutiert werden. Kreisrat Buhl macht

deutlich, seine Fraktion wolle keine Entwicklungen, wie sie beispielsweise dann bei der BayernLB eingetreten seien.

Freude bereite das Ergebnis der Wertachkliniken, das man so nicht erwartet hatte. Aber es stehe der Politik gut an, dies auch einmal zuzugeben. Wenn nun noch die Abrechnung aus den etwas ungewöhnlich dargestellten Sanierungsmaßnahmen in Schwabmünchen abgewickelt sei, dann gebe es dort eine Problem-Baustelle weniger.

Ein weiteres Sorgenkind, weniger im Bereich der Finanzen – dort lasse sich ja vortrefflich über die Kopffzahlen der Gebührenzahler rechnen – harre nun seiner Befriedung. Die Rede sei von der AVA. Dem Personal – Kreisrat Buhl erinnert an dieser Stelle an seine Rede vor einem Jahr – werde nun durch die Entscheidung der Gesellschafter eine Sorge genommen. Alle hoffen auch, dass damit ein Neuanfang in der Gesellschaft einher gehe.

Verärgert ist Kreisrat Buhl aber darüber, dass bis heute nicht feststehe, ob der bisherige Geschäftsführer sein verbrieftes Rückkehrrecht an das Landratsamt einlösen möchte oder nicht. Dies beeinflusse nicht nur die Personalkosten. Die Nachfragen seiner Fraktion in dieser Angelegenheit hätten bisher keine Aufklärung bewirkt, so Kreisrat Buhl.

Unverständnis habe in seiner Fraktion auch der von allen schon kritisierte Haushaltsansatz der Tiefbaumaßnahmen ausgelöst. Kreisrat Buhl wirft die Frage auf, was die Tiefbauverwaltung denn mit den möglichen Mitteln unternommen habe. Es sei einerseits lobenswert, dass der Landrat nun die Mittel gekürzt habe, er müsse aber auch die Kritik vertragen, dass dies ein Jahr lang passieren konnte.

Kreisrat Buhl erklärt, er habe bereits an anderer Stelle festgestellt, dass der Landkreis ein Ampelsystem brauche. Seien die Dinge alle im grünen Bereich, dann sei kein Eingreifen nötig. Gehe die Ampel auf gelb, dann bedeute dies: „Achtung, ich will Informationen und Aktionen sehen.“ Sei die Ampel im roten Bereich, bedeute dies, spätestens jetzt müsse der Landrat die Reißleine ziehen.

Kreisrat Buhl kommt zurück auf den Freistaat. Dort sei seit vielen Jahren bekannt, dass im Landkreis Augsburg eine Unterdeckung der Gymnasiumsplätze bestehe. Nun habe der Landkreis seine Hausaufgaben gemacht und seit über einem Jahr einen internen Wettbewerb durchgeführt, wo denn ein neues Gymnasium entstehen könnte, dies immer in Abstimmung mit dem Freistaat. Der Freistaat sei in dieser Angelegenheit somit nicht unvorbereitet.

Die Entscheidung sei nun für Diedorf gefallen. Die zuständige Abteilung im Ministerium in München habe zugestimmt. Nun wolle der Landkreis für seine Schüler die schnellste und bestmögliche Lösung ab September 2010 umsetzen, warte nun jedoch seit Monaten auf die andere Abteilung im Nachbarministerium. Kreisrat Buhl betont, dies verstehe hier niemand. Es könne nicht erfreuen, wenn der Landrat, Abgeordneter Strehle und Bürgermeister Völk sich mit dem Staatssekretär in der Zeitung ablichten lassen – noch dazu lachend -, ohne dass Staatssekretär Pschierer ein Ergebnis mitgebracht habe. Diesen hätte man schon ermahnen oder auch gleich mit dem Hinweis weiterschicken müssen, dass er erst wieder kommen brauche, wenn er eine entsprechende Antwort in seiner Tasche habe.

Daraufhin wird von Kreisrat Buhl die derzeit laufende Ausschreibung der Schülerverkehre zur Sprache gebracht. Seine Fraktion habe in den entscheidenden Sitzungen des Schul- und Kulturausschusses immer betont, dass ihr die Sicherheit der Kinder das höchste Gut sei. Aus einer nichtöffentlichen Sitzung habe Kreisrätin Dr. Strohmayer von der SPD-Fraktion medienwirksam bestimmte Ansätze für sich reklamiert, obwohl sie in dieser Sitzung gar nicht gewesen sei. Leider habe sie diese Ansätze nicht weiterverfolgt.

Kreisrat Buhl merkt dazu an, dass er für seine Fraktion – leider ohne Unterstützung anderer – zahlreiche Verbesserungen angemahnt habe, die in die neue Ausschreibung der freigestellten Schülerverkehre hätten einfließen sollen. Seit Monaten sei er im Auftrag der Fraktion um dieses Thema besorgt. Er hatte jedoch nicht das Gefühl, dass dies von der Landkreis-

verwaltung angemessen begleitet wurde. Es gebe eine Ausschreibung der Schülerverkehre auf dem alten Level, der schon nicht gut gewesen sei. Dies könne man nicht für gut befinden, wie die Einsicht in die Ausschreibung derzeit zeige.

Kinder werden gezwungen, statt drei möglichen Haltestellen nur eine Haltestelle in einem Ort anzugehen oder beispielsweise an anderer Stelle auf dem Fahrradweg auszusteigen. All dies werde dann schriftlich noch als wirtschaftlich vernünftig dargelegt. Kreisrat Buhl hofft, dass die Landkreisverwaltung dies vertreten könne. Gleichzeitig hoffe man nicht, dass etwas passiere. Der FDP/ödp-Fraktion sei die Schulwegsicherheit ein hohes Gut, das nicht nur über die Kosten beurteilt werden dürfe. Hier gehe man mit den Eltern einig, die mit seiner Fraktion in Kontakt getreten seien, erklärt Kreisrat Buhl weiter. Man wolle die optimale Sicherheit für die Schülerbeförderung, auch wenn es unter Umständen etwas mehr Geld koste. Darüber müsse man im Laufe dieses Jahres sicherlich nochmals reden.

Kreisrat Buhl teilt mit, er könne im Namen seiner Fraktion jetzt schon signalisieren, dass man dem Haushalt 2010 zustimme, man erwarte aber gerade zum letzten Punkt noch eine deutliche Nachbesserung.

Ferner äußert sich Kreisrat Buhl noch zur Messe Augsburg und zum Antrag seiner Fraktion. Kollege Güller habe dies schon ganz gut begründet. Dem brauche er eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Zusammenfassend sei festzustellen, dass die Stadt Augsburg ohne Finanzierungskonzept und ohne Bewilligungsbescheid des Freistaates den Landkreis in die Finanzierung eingebunden habe. Die Umweltstadt Augsburg habe nicht einmal geprüft, ob andere ökologische Bauweisen für die neue Messehalle möglich seien, wie von seiner Fraktion beantragt. Daher erstaune auch, dass die Grünen darüber hinweg gehen und trotzdem zustimmen.

Der Anteil des Landkreises für die Erstfinanzierung lag bei 895.000 €. Vom Kollegen Liebert wurde dies seinerzeit schon als „Schmerzgrenze“ bezeichnet. Nun müsse mit mehr als der Hälfte, und zwar mit 495.000 €, nochmals nachgeschossen werden. Der Bezirk Schwaben habe in hoher Verantwortung für seine Umlagenzahler ein anderes Ergebnis erzielt. Dort wurde die Nachforderung mit deutlicher Mehrheit abgeschmettert und der Stadt Augsburg die kalte Schulter gezeigt.

An Kreisrat Güller gerichtet, der davon gesprochen habe, dass CSU und FDP ein Riesendilemma in München haben, gibt Kreisrat Buhl zu verstehen, er sei sich sicher, die SPD wäre gerne in diesem Dilemma, seine Partei wolle sich dieses Dilemma aber ersparen.

Auf ein scheinbar neues Feindbild des Kollegen Häusler wolle er jetzt nicht eingehen. Was aber eine FOS im Süden des Landkreises betreffe, so könne dies im Wahlprogramm der FDP zur Kreistagswahl, das 2007 geschrieben wurde, bereits nachgelesen werden. Dies setze jedoch Lesekenntnis voraus oder aber den Willen, dies überhaupt zu lesen. Weiter könne dies in den Protokollen der nichtöffentlichen Sitzung des Schul- und Kulturausschusses nachgelesen werden. Kreisrat Buhl gibt zu verstehen, die FDP presche nicht öffentlich vor, sondern mache Sacharbeit in Kooperation mit dem Landrat. Zeugen seiner Initiativen in den letzten Jahren seien u. a. Bgm. Müller aus Bobingen und nicht zuletzt auch Landrat Sailer selbst. An Stv. Landrat Häusler gerichtet merkt Kreisrat Buhl daher an, er gebe diesem lieber seinen Senf zurück, er brauche zu einer guten Speise keinen Geschmacksveränderer.

Nach diesen Wortmeldungen aus den Fraktionen verliert **Landrat Sailer** den Antrag der Kreistagsfraktion FDP/ödp und lässt hierüber abstimmen. 21 Kreistagsmitglieder sprechen sich für den Antrag aus, der damit abgelehnt ist.

Im Anschluss daran meldet sich **Kreisrat Bergmeir** zu Wort, der festhält, dass im Raum Welden/Altenmünster zum Thema Realschülerweiterung eine etwas andere Auffassung vertreten werde, was die Nutzung von leer stehenden Räumlichkeiten in kommunalen Gebäuden anbelangt. In der Verantwortung für den Gesamthaushalt werde er dem Haushalt aber trotzdem zustimmen.

Auch **Kreisrat Walter** äußert sich zu diesem Thema. Er verweist auf die Initiative zur neuen Mittelschule, die nicht ganz der getroffenen Absprache entspreche. Natürlich werde mit den im Haushalt stehenden Ansätzen eine neue Infrastruktur geschaffen. Man müsse aber auch wissen, dass dadurch Infrastruktur vernichtet werde. Im Jahr 2010 werden in Altenmünster Hauptschulklassen abgezogen, wodurch 6 – 7 Klassenräume ab dem nächsten Schuljahr leer stehen werden. Dies bedeute, dass eine Investition der Gemeinde Altenmünster in die eigene Infrastruktur in Höhe von 3 Mio. € zu einem hohen Prozentsatz unwirksam werde. Kreisrat Walter erklärt, auch er sei der Meinung, dass es in der genannten Region andere Lösungsansätze gäbe. Dies sei aber nicht die Meinung der SPD-Fraktion und werde auch nicht dazu führen, dass er den Haushalt ablehne.

Der Kreistag fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die diesem Beschluss beiliegende Haushaltssatzung 2010. Der Haushaltsplan und Stellenplan 2010 samt Anlagen sowie der Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2013 sind Bestandteil dieses Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	71
Nein-Stimmen:	0

TOP 4	Neufassung der Kostensatzung des Landkreises Augsburg Vorlage: 10/0017
--------------	---

Sachverhalt:

In der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 18.09.2009 Az.: IB3-1052-9 (AllMBl 11/2009) wurde die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis geändert.

In der Änderung des Kommunalen Kostenverzeichnisses wurde die Tarifgruppe 00 / Tarifnummer 005 (Zweitschriften)

von bisher

„10 bis 50 % der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr, mindestens **5 €**. Ist für die Erstschrift eine Gebühr von 0,50 bis 5 € vorgesehen, so ist diese Gebühr zu erheben; ist die Erteilung der Erstschrift gebührenfrei, so beträgt die Gebühr 0,50 € je angefangene Seite, mindestens **5 €**

in

„10 bis 50 % der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr, mindestens **15 €**. Ist die Erteilung der Erstschrift gebührenfrei, beträgt die Gebühr 0,50 € je angefangene Seite, mindestens **15 €**

geändert.

Aufgrund dieser Änderung ist auch die Kostensatzung des Landkreises Augsburg zu überarbeiten.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 07.12.2009 befasst und dem Kreistag die Änderung der Kostensatzung empfohlen.

Nach Vortrag des Sachverhalts durch **Herrn Seitz** fassen die Mitglieder des Kreistages wie folgt

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 07.12.2009 beschließt der Kreistag die Kostensatzung des Landkreises Augsburg in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Vorlage (09/0256).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	68
Nein-Stimmen:	0

**TOP 5 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2008;
Feststellung und Entlastung gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 10/0016**

Sachverhalt:

Die Kassen- und Jahresrechnung 2008 wurde rechtzeitig erstellt und dem Kreisausschuss als Vorlage 09/0031 zur Kenntnis gegeben. Durch Beschluss vom 25.05.2009 hat der Kreisausschuss die Jahresrechnung 2008 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugewiesen. Nach Durchführung des Prüfungsverfahrens hat der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses nunmehr den Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2008 vom 03.12.2009 mit Schreiben gleichen Datums vorgelegt.

In der im Bericht enthaltenen Prüfungsbestätigung wurde zusammenfassend festgestellt, dass die Jahresrechnung 2008 den Bestimmungen des Art. 88 LKrO entspricht und sich keine Unstimmigkeiten ergaben, die das Rechnungsergebnis verändern würden. Unter Hinweis auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Bemerkungen wurde gleichzeitig bestätigt, dass keine Mängel vorliegen, die einer Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2008 durch den Kreistag entgegen stünden (Prüfungsbericht S. 43).

Einzelbemerkungen, die eine weitere Veranlassung durch die Verwaltung erforderten, sind nicht enthalten, so dass dem Kreistag die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2008 gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO empfohlen werden kann.

Gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO ist der Kreistag ermächtigt, nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse (Art. 89 LKrO) und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten alsbald, jedoch in der Regel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung festzustellen und über die Entlastung zu beschließen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass hinsichtlich des Beschlusses über die Entlastung (Ziffer 2 des Beschlussvorschlags) der Landrat als Leiter der Landkreisverwaltung bei der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 43 LKrO) nicht teilnehmen darf.

Der Kreisausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 11.01.2010 befasst.

Stellvertreter des Landrats Strehle übernimmt zu diesem Punkt den Vorsitz.

Der Kreistag fasst nach Sachverhaltsdarstellung durch **Herrn Seitz** nachstehenden

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2008 wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen festgestellt.
2. Die Entlastung wird gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO für die Jahresrechnung 2008 mit den als Anlage beigefügten Ergebnissen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	65
Nein-Stimmen:	0

Landrat Sailer beteiligt sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung.

TOP 6 Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 10/0004

Sachverhalt:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.11.2009 Frau Dr. Ilona Luttmann als Vertreterin von Herrn Pfarrer Reinhard Wemhöner in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Anlässlich eines Telefonats mit dem Diakonischen Werk am 18.11.2009 wurde mitgeteilt, dass Frau Dr. Luttmann anstelle von Herrn Pfarrer Wemhöner als sonstiges stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss tätig sein soll. Vertreter soll wie bisher Herr Harald Eckart bleiben.

Der Kreisausschuss hat dem Kreistag in seiner Sitzung am 07.12.2009 empfohlen, der Änderung in der Ausschussbesetzung zuzustimmen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 07.12.2009 beschließt der Kreistag, anstelle von Herrn Pfarrer Reinhard Wemhöner (Diakonisches Werk Augsburg e. V.)

Frau Dr. Ilona Luttmann, Spenglergäßchen 7 a, 86152 Augsburg

in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

Als Vertreter von Frau Dr. Luttmann soll weiterhin

Herr Harald Eckart, Spenglergäßchen 7 a, 86152 Augsburg,

tätig sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	66
Nein-Stimmen:	0

TOP 7 Verschiedenes

Landrat Sailer berichtet, dass dies die letzte Kreistagssitzung in Anwesenheit von Herrn Schneider sei, der über Jahrzehnte im Landratsamt tätig gewesen sei und im April in den wohlverdienten Ruhestand gehen werde. Im Namen des Kreistages bedankt sich Landrat Sailer bei Herrn Schneider für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung über viele Jahre hinweg.

TOP 8 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Aumann meldet sich in seiner Funktion als Vorsitzender von REAL West zu Wort. Er habe sich bewusst nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen gemeldet, nachdem er gewusst habe, dass der Antrag von REAL West auf Unterstützung bei den Betriebskosten nicht auf fruchtbaren Boden gefallen sei. Es wäre hierbei um etwa 15.000 € gegangen. Dies sei ein kleiner Betrag im Verhältnis zu dem, was man heute an Zahlen über sich habe ergehen lassen.

Trotzdem möchte er hierzu noch ein paar Anmerkungen machen, so Kreisrat Aumann weiter. Es habe ihm nicht besonders gut gefallen, dass quer durch die Fraktionen unterschiedliche Meinungen zu diesem Antrag vorhanden waren, was dann letztendlich darin gipfelte, dass dem Antrag nicht stattgegeben wurde. Kreisrat Aumann erinnert ferner daran, dass bereits im Jahr 2009 versucht wurde, einen Zuschuss zu erhalten. Damals sei man auf 2010 vertröstet worden. Hieraus sei nun leider nichts geworden. Dies bedeute aber nicht, dass REAL West die ehrenamtliche Arbeit oder auch die Arbeit in der Geschäftsstelle in Fischach deswegen zurückfahren werde. Dies sei auch gar nicht möglich, weil jetzt die Projekte konkret werden und die Geschäftsstelle deshalb auch mit einer neuen personellen Besetzung zu arbeiten beginne.

Kreisrat Aumann gibt zu verstehen, er werde als Vorsitzender weiterhin dafür einstehen und kämpfen, dass die Motivation aufgrund dieser Entwicklung nicht Schaden nehme. Er habe sich aber trotzdem erlaubt, über die Geschäftsstelle ein paar Informationen einzuholen, die

er nun noch einmal kundtun möchte, damit die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag wissen, wie andere lokale Arbeitsgruppen (LAGs) finanziert werden.

Im Wittelsbacher Land gebe es 3 Mitarbeiter in Vollzeit, 1 Stelle werde zu 100 % über LEADER-Mittel finanziert, 2 Stellen zu 50 % über LEADER und 50 % durch den Landkreis. Der Landkreis Aichach-Friedberg gebe also 40.000 € hinzu. Dies werde dann am Jahresende allerdings wieder mit den tatsächlich über die LEADER-Förderung zurückfließenden Mitteln verrechnet. In der LAG Unterallgäu Aktiv seien 4 Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt (2 Stellen über LEADER, 2 Stellen finanziert vom Lkr. Unterallgäu). Die LAG Donautal-Aktiv umfasse die beiden Landkreise Dillingen und Günzburg. Dort seien 3 Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt, 1,6 Stellen laufen über LEADER, 1 Stelle über das separate Förderprogramm „Chance Natur“, 95 % werden von den Landkreisen Dillingen und Günzburg gefördert, der Rest laufe über einen dort bestehenden Verein. Die Förderung beider Landkreise betrage zusammen 50.000 €, von LEADER kommen 25.000 €, so dass sich die Gesamthaushaltssumme zwischen 80.000 € und 100.000 € bewege.

Interessant seien auch die Zahlen aus dem Landkreis Cham, den der Kreistag vor zwei Jahren besucht habe. Beim Landratsamt Cham seien die Wirtschaftsförderung, das Regionalmanagement und ein Verein als eine Einheit angesiedelt. Für diese drei Bereiche seien folgende Mitarbeiter in Vollzeit tätig: 1 Sachgebietsleiter, 1 Person im Sekretariat und 3 Projektberater. Diese 5 Personen werden vom Landratsamt Cham bezahlt (abzüglich der LEADER-Förderung).

Daraufhin erklärt Kreisrat Aumann, er wolle dies dem Gesamtgremium zur Kenntnis geben, nachdem im Landkreis Augsburg die Sondersituation vorhanden sei, dass die beiden LAGs nicht den gesamten Landkreis umfassen, aber dennoch die Kosten vorhanden seien. Es wurde angedeutet, dass eventuell projektbezogen die Möglichkeit einer Förderung bestehe. Hierzu werde man sich in der Geschäftsstelle Gedanken machen und dann bei entsprechenden Projektvorhaben wieder auf den Landkreis zukommen. Kreisrat Aumann hofft, dass man doch noch zu einem Fördermanagement kommen könne, das beide Seiten zufrieden stelle. Abschließend betont Kreisrat Aumann nochmals, dass REAL West kein Bittsteller sei und vom Landkreis nur etwas wolle, sondern die Hauptaufgabe der LAG eigentlich darin bestehe, strukturverbessernde Gelder in den Landkreis zu holen. Dies werde man auch weiterhin tun, und zwar in enger Abstimmung mit der Landkreisspitze.

Landrat Sailer dankt Kreisrat Aumann für diese Erläuterungen und erklärt, dass man über die beiden LAGs noch in einigen Ausschusssitzungen zu beraten haben werde, wenn die entsprechenden Anträge dann beim Landkreis einlaufen.

Kreisrätin Olbrich-Krakowitz erinnert daran, dass demnächst die Buslinien neu ausgeschrieben werden und ein neuer Geschäftsführer beim AVV tätig sein werde. Sie wünsche sich deshalb, dass der Kreistag über die dann hoffentlich angedachten Neuerungen und Verbesserungen künftig rechtzeitig und umfassend informiert werde, um sich damit auch rechtzeitig auseinandersetzen und entsprechende Vorschläge einbringen zu können.

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

13. Sitzung des Kreistages 22.02.2010